

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| Sitzungsdokumente | 3 |
| Niederschrift | 3 |
| TV Eingangsdiagnose Flüchtlingskinder | 15 |
| Familiennachzug und Resettlement Auszug BAMF | 21 |
| Vortrag Pflegebedarfsplanung | 25 |
| Vortrag Gemeinsam gegen Karies mit Ergebnissen | 45 |
| Vortrag KI RKN Vorstellung | 71 |
| TV TOP 13.1 Soziale Beratung für Flüchtlinge | 79 |

NIEDERSCHRIFT

über die **14.** Sitzung
des Sozial- und Gesundheitsausschusses
(XVI. Wahlperiode)

Tag der Sitzung: **07.12.2017**
Ort der Sitzung: GV, Zentrum, Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02181/601-2171 und -2172)
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:35 Uhr
Den Vorsitz führte: Dr. Hans-Ulrich Klose

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

1. Herr Heiner Cöllen
2. Herr Hans-Josef Engels
3. Herr Reiner Geroneit Vertretung für Gerhard Heyner (mit FDP abgestimmt)
4. Herr Klaus Karl Kaster
5. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
6. Frau Dr. Daniela Leyhausen
7. Frau Ursel Meis
8. Herr Werner Moritz
9. Herr Antonius Suppes Vertretung für Frau Ann-Kathrin Küsters
10. Frau Maria Widdekind

• SPD-Fraktion

11. Herr Denis Arndt
12. Herr Udo Bartsch
13. Frau Cornelia Lampert-Voscht
14. Frau Margot Mankowsky
15. Frau Gertrud Servos Ab 19.00 Uhr
16. Frau Ursula Wolf

• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

17. Herr Martin Kresse
18. Frau Marianne Michael-Fränzel
19. Frau Angela Stein-Ulrich

- **FDP-Fraktion**

- 20. Herr Jan Günther
- 21. Herr Dirk Rosellen

- **Die Linke-Fraktion**

- 22. Herr Oliver Schulz

- **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

- 23. Herr Carsten Thiel

- **beratende Mitglieder**

- 24. Frau Charlotte Häke

- **Gäste**

- 25. Herr Felix Arnold
- 26. Frau Beate Kopp

- **Verwaltung**

- 27. Frau Barbara Albrecht
- 28. Frau Dr. Birgit Bartsch
- 29. Frau Nadine Broisch
- 30. Herr Kreisdirektor Dirk Brügge
- 31. Herr Dr. Michael Dörr
- 32. Herr Gerd Gallus
- 33. Frau Mandy Geithner-Simbine
- 34. Herr Siegfried Henkel
- 35. Herr Dezernent Karsten Mankowsky
- 36. Herr Martin Meisel
- 37. Herr Marcus Mertens
- 38. Frau Birgit Rothe-Slak
- 39. Frau Christiane Rudloff
- 40. Frau Ulrike Weyerstraß

- **Schriftführer**

- 41. Herr Carsten Paetau

INHALTSVERZEICHNIS

| Punkt | Inhalt | Seite |
|---------------------------------|---|----------|
| Öffentlicher Teil: | | 4 |
| 1. | Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit..... | 4 |
| 2. | Flüchtlinge Vorlage: 50/2385/XVI/2017..... | 4 |
| 3. | Stromsparcheck in finanziell schwachen Haushalten Vorlage: 50/2375/XVI/2017 | 5 |
| 4. | Örtliche Planung nach § 7 APG NRW Vorlage: 50/2360/XVI/2017..... | 5 |
| 5. | Verbindliche Pflegebedarfsplanung für den Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/2346/XVI/2017 | 7 |
| 6. | Dormagener Projekt "Gemeinsam gegen Karies" Vorlage: 53/2296/XVI/2017 | 8 |
| 7. | Änderung der Delegationssatzung SGB XII (Sozialhilfe) Vorlage: 50/2374/XVI/2017 | 8 |
| 8. | Entwicklung der Investitionskostenförderung der Tages- und Kurzzeitpflege im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/2359/XVI/2017 | 8 |
| 9. | Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm sowie Wirtschaftsplan 2018 des Jobcenters Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/2384/XVI/2017..... | 9 |
| 10. | Vorstellung der Arbeit der Bildungskordinatorinnen im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/2383/XVI/2017 | 10 |
| 11. | 2. Demokratiekonferenz des Rhein-Kreises Neuss Vorlage: 50/2389/XVI/2017 | 10 |
| 12. | Mitteilungen | 10 |
| 12.1. | Pflegeplatz (Heimfinder) - App Vorlage: 50/2357/XVI/2017..... | 10 |
| 12.2. | Hinweis- und Beschwerdeportal der Heimaufsicht Vorlage: 50/2358/XVI/2017 | 10 |
| 12.3. | Grundsicherungsrelevanter Mietspiegel (Neuerhebung 2018) Vorlage: 50/2390/XVI/2017 | 10 |
| 12.4. | Aufhebung eines Erlasses zum WTG durch das MAGS NRW Vorlage: 50/2361/XVI/2017 | 11 |
| 12.5. | Konferenz für Gesundheit, Pflege und Alter Vorlage: 53/2392/XVI/2017 | 11 |
| 12.6. | Würdigung der Aktivitäten des Gesundheitsamtes zu dem Thema „Multiresistente Erreger“ Vorlage: 53/2391/XVI/2017 | 11 |
| 13. | Anfragen | 12 |

- 13.1. Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 24.11.2017 -
Soziale Beratung von Flüchtlingen Vorlage: 50/2403/XVI/2017..... 12
- 13.2. Medienbericht über Verkauf gestreckter Krebsmedikamente 12
- 13.3. Anfrage jährlicher Bericht zum Integrationskonzept..... 12

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Dr. Klose eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäß erfolgte Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

Kreistagsabgeordneter Cöllen beantragte nach der Geschäftsordnung die Vertagung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.12.2017. Als Begründung führte er an, dass dieser Zuständigkeitsfragen des Kreises und des Ausschusses sowie Datenschutzfragen unbeantwortet lasse.

Kreisdirektor Brügge machte auf die Tischvorlage zum Antrag aufmerksam, in welcher die Verwaltung binnen eines Tages umfassend zur angesprochenen Thematik Stellung genommen habe. Die Tischvorlage ist als **Anlage** beigefügt. Schließlich wies er darauf hin, dass eine Beratung und Beschlussfassung wegen des Antrageseingangs bereits formalrechtlichen Bedenken begegne.

Ausschussmitglied Kresse zeigte sich mit der Tischvorlage zufrieden und stimmte einer Vertagung zu. Anschließend wurde dem Vertagungsantrag einstimmig zugestimmt.

Zum „TOP 13.1 - Soziale Beratung für Flüchtlinge“ lag den Ausschussmitgliedern ebenfalls eine Tischvorlage vor. Diese ist als **Anlage** dem Protokoll beigefügt.

2. Flüchtlinge Vorlage: 50/2385/XVI/2017

Protokoll:

Auf Nachfrage des Kreistagsabgeordneten Bartsch teilte Kreisdirektor Brügge mit, dass die Initiative Kompass D eingeladen werde, sich in der nächsten Ausschusssitzung vorzustellen.

Ausschussmitglied Kresse wünschte zur Auswertung des Ausländerzentralregisters auf Seite 13 der Sitzungsvorlage aufgeführten Niederlassungs- und Aufenthaltserlaubnissen einen Glossar mit näheren Begriffserklärungen (z.B. „familiäre Gründe“).

Laut Abfrage bei der Kreisausländerbehörde liegt ein solcher Glossar nicht vor. Die teils recht umfangreichen, rechtlichen Voraussetzungen ergeben sich unmittelbar aus den angegebenen Vorschriften des Aufenthaltsgesetzes. Dahinter sind in der Auswertung stichpunktartig die Merkmale des jeweiligen Titels benannt. Ergänzend dazu sind zum „Familiennachzug“ und „Resettlement“ der Internetseite des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) entnommene Informationen als **Anlage** beigefügt.

3. **Stromsparcheck in finanziell schwachen Haushalten**

Vorlage: 50/2375/XVI/2017

Protokoll:

Kreisdirektor Brügge stellte als Ergebnis intensiver Recherche der Verwaltung und mehrfacher Beratung im Ausschuss fest, dass es erfolgreichere Projekte als Alternative gebe und dieses Projekt daher nicht weiterverfolgt werden sollte.

Kreistagsabgeordneter Bartsch bedauerte dies zwar, dankte der Verwaltung jedoch zugleich für ihre Mühe.

Ausschussmitglied Kresse beantragte, den Beschluss dahingehend abzuändern, dass der Antrag in den Finanzausschuss verwiesen werden soll. Die Änderung des Beschlusses wurde mehrstimmig abgelehnt.

SozGe/20171207/Ö3

Beschluss:

Das Projekt wird nicht weiterverfolgt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt (8 Gegenstimmen)

4. **Örtliche Planung nach § 7 APG NRW**

Vorlage: 50/2360/XVI/2017

Protokoll:

Herr Felix Arnold vom ALP-Institut stellte die wesentlichen Ergebnisse der Örtlichen Planung im Rahmen einer Präsentation vor. Die Präsentation ist dem Protokoll als **Anlage** beigelegt.

Das Gesamtwerk werde den Kreistagsfraktionen laut Kreisdirektor Brügge digital zugeleitet. Die Fraktionen würden gebeten mitzuteilen, ob und wenn ja in welcher Anzahl Printexemplare benötigt werden.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose dankte Herrn Arnold für die umfassende Einführung in die gewonnenen Erkenntnisse. Wegen der erheblichen politischen und fachlichen Bedeutung der „Örtlichen Planung“ ergebe sich vermutlich zunächst Beratungsbedarf in den Fraktionen, so dass in dieser Sitzung noch keine Beratung und Beschlussfassung erfolge.

Kreisdirektor Brügge skizzierte folgenden Zeitplan: Herr Arnold stehe in der laufenden Sitzung für Fragen zur Verfügung. In der nächsten Sitzung im Februar 2018 steige der Ausschuss in die politische Beratung ein. Eine Beschlussfassung sollte im ersten Sitzungsblock 2018 erfolgen, damit ausreichend Zeit bleibe, um erste notwendige operative Maßnahmen einzuleiten. Falls sich bei der Beratung in den Fraktionen weitere Fragen ergeben, stehe die Verwaltung bei Bedarf unterstützend zur Verfügung.

Bei einem Austausch mit Herrn Arnold wurden die vorgestellten Handlungsansätze erörtert.

Von den Kreistagsabgeordneten Cöllen, Bartsch und Meis wurde angemerkt, dass eine Pflege durch Angehörige aufgrund der Entfernung des Wohnortes oder starker beruflicher Einbindung nicht immer gewährleistet werden könne. Bei diesen Pflegebedürftigen führe dies zu einer fortschreitenden Vereinsamung und einem erhöhten Pflegebedarf. Ein Bedarf ergebe sich teils bereits bei der hauswirtschaftlichen Versorgung.

Herr Arnold teilte die Einschätzungen, wies jedoch zugleich auf den bestehenden Mangel an Pflegefachkräften hin, welcher den Ausbau professioneller ambulanter Pflege gefährden könne. Letztendlich müsse ein Mittelweg gefunden werden. Wichtig sei der Ausbau der niedrigschwelligen Unterstützungs- und Entlastungsleistungen, jedoch könnten diese die notwendigen pflegerischen Bedarfe nicht abdecken.

Auf Nachfrage des Ausschussmitgliedes Kresse erklärte Herr Arnold, dass sich die eingestreute Kurzzeitpflege dadurch von der solitären Kurzzeitpflege unterscheidet, dass ein eingestreuter Platz auch für stationäre Dauerpflege genutzt werden dürfe. Solitäre Kurzzeitpflege sei dagegen ausschließlich für Kurzzeitpflege nutzbar. Bei steigender Auslastung der Dauerpflegeplätze würden somit eingestreute Kurzzeitpflegeplätze effektiv nicht zur Verfügung stehen. Bei solitären Kurzzeitpflegeplätzen bestehe die Schwierigkeit, dass durch saisonale Schwankungen in der Regel keine konstante Auslastung erzielt werden könne.

Auf Nachfrage des Kreistagsabgeordneten Thiel teilte Kreisdirektor Brügge mit, dass es keine rechtliche Grundlage dafür gebe, einen Betreiber, der neue Dauerpflegeplätze bauen wolle, zu verpflichten, auch Kurzzeit- oder Tagespflegeplätze zu schaffen. Durch die Aufstockung von Kurzzeitpflegeplätzen habe man in den letzten Jahren bereits positive Effekte erzielen können. Darüber hinaus müsse man sich auch weiteren Themen (z. B. Quartiersentwicklung, sozialer Wohnraum, Ausbau präventive Pflegeberatung, Weiterverfolgung des Projekts „Modellkommune Pflege“) annehmen und unter dem Aspekt einer Sozialraumorientierung eine stärkere Vernetzung zwischen Akteuren der regionalen Sozial- und Jugendpolitik anregen. Zudem werde geprüft, inwieweit vorhandene Strukturen in Anspruch genommen würden und diese bedarfsgerecht angepasst werden müssten.

Herr Arnold merkte ergänzend an, dass der Ausbau der Unterstützungsstrukturen zwar durch den Kreis initiiert werden könne, letztlich aber auch die Bereitstellung von Haushaltsmitteln und personellen Ressourcen erforderlich mache. Durch die Stärkung der ambulanten Versorgung könnten im Ergebnis wiederum Pflegeausgaben im stationären Sektor eingespart werden, so dass sich ein Mitteleinsatz rechne.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose teilte mit, dass die Kommission Silberner Plan zum Thema Quartiersentwicklung bereits interessante Eindrücke gewonnen habe, die nunmehr fachlich vertieft und im nächsten Jahr im Ausschuss besprochen würden.

SozGe/20171207/Ö4

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die fertiggestellte „Örtliche Planung“ nach § 7 APG zur Kenntnis. Nach deren Beratung in den Fraktionen soll die „Örtliche Planung“ im ersten Sitzungsblock 2018 beschlossen werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

5. Verbindliche Pflegebedarfsplanung für den Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/2346/XVI/2017

Protokoll:

Kreisdirektor Brügge betonte unter Bezug auf die Vorlage, dass der prognostizierte Überhang an Pflegeheimplätzen im Kreisgebiet aktuell tatsächlich vorliege und damit für das Jahr 2018 kein Bedarf für den Neubau weiterer stationärer Pflegeheim bestehe. Die Möglichkeit einer Änderung der Pflegebedarfsplanung im nächsten Jahr werde durch den Beschlussvorschlag bereits berücksichtigt.

SozGe/20171207/Ö5

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Kreistag, den folgenden Beschluss zu fassen:

Der Kreistag beschließt gemäß § 7 Abs. 6 APG NRW das Gutachten „Pflegebedarfsanalyse Rhein-Kreis Neuss“ der Institute for Health Care Buisness GmbH vom November 2013 zur Örtlichen Planung im Sinne des § 7 Abs. 1 APG NRW zu erklären. Der Kreistag stellt fest, dass der im Gutachten prognostizierte Überhang an stationären Pflegeplätzen bei kreisweiter Betrachtung im November 2017 auch tatsächlich gegeben ist.

Sollte die Auswertung und Beratung der im Dezember 2017 fertiggestellten, „örtlichen Planung für den Rhein-Kreis Neuss“ gemäß § 7 APG im Laufe des Jahres 2018 abgeschlossen sein, kann dieser Beschluss aufgehoben und durch einen neuen Beschluss auf der dann aktuelleren validen Datenbasis ersetzt werden. Dieser Beschluss dient somit auf der Grundlage der Ergebnisse der „örtlichen Planung“ auch der Sicherstellung einer zukünftig ausgewogeneren Verteilung von stationären Pflegeplätzen auf die kreisangehörigen Kommunen.

Die Verwaltung wird beauftragt, das Gutachten und diesen Beschluss des Kreistages gemäß § 7 Abs. 6 Abs. 1 APG NRW öffentlich bekannt zu machen.

Der Kreistag beschließt des Weiteren, dass gemäß § 11 Abs. 7 APG NRW eine Förderung für vollstationäre Pflegeeinrichtungen im Sinne des § 14 APG NRW, die im Rhein-Kreis Neuss neu entstehen und zusätzliche Plätze schaffen sollen, davon abhängig ist, dass für diese Einrichtung auf der Grundlage der örtlich verbindlichen Bedarfsplanung nach § 7 Abs. 6 APG NRW ein Bedarf bestätigt wird (Bedarfsbestätigung). Maßstab für die Bedarfsfeststellung ist alleine der Gesamtbedarf im Rhein-Kreis Neuss. Der Kreistag wird im Prozess der Umsetzung des Beschlusses auf die Ausgewogenheit des Bedarfs in den Städten und Gemeinden achten.

Die Verwaltung wird beauftragt, diesen Beschluss des Kreistages gemäß § 11 Abs. 7 Satz 2 APG NRW öffentlich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich (eine Enthaltung, Die Linke-Fraktion)

6. Dormagener Projekt "Gemeinsam gegen Karies"
Vorlage: 53/2296/XVI/2017

Protokoll:

Frau Dr. Bartsch, Projektkoordinatorin im Kreisgesundheitsamt, stellte die Ergebnisse des Projektes anhand einer Präsentation vor. Die Präsentation ist dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

7. Änderung der Delegationssatzung SGB XII (Sozialhilfe)
Vorlage: 50/2374/XVI/2017

Protokoll:

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

SozGe/20171207/Ö7

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Neufassung der Satzung über die Durchführung der Sozialhilfe im Rhein-Kreis Neuss zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt

8. Entwicklung der Investitionskostenförderung der Tages- und Kurzzeitpflege im Rhein-Kreis Neuss
Vorlage: 50/2359/XVI/2017

Protokoll:

Auf Nachfrage des Ausschussmitgliedes Kresse erklärte Kreisdirektor Brügge, dass sich die Investitionskostenförderung ausschließlich nach der Anzahl der belegten Heimpflegeplätze bemesse. Aufgrund der dadurch verbesserten Auslastung komme diese Regelung den Pflegeheimen im Kreisgebiet und damit letztlich auch einer konstant hohen Pflegequalität zu Gute.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht zur Entwicklung der Investitionskosten bei Tages- und Kurzzeitpflege zur Kenntnis.

**9. Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm sowie Wirtschaftsplan
2018 des Jobcenters Rhein-Kreis Neuss
Vorlage: 50/2384/XVI/2017**

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Cöllen fragte an, ob es über die in der Sitzungsvorlage dargestellten Maßnahmen hinausgehende Möglichkeiten gebe, um eine Steigerung der Integrationsquoten des Jobcenters zu bewirken.

Kreisdirektor Brügge führte aus, dass der Kreis einen wichtigen Schritt in der am 04.12.2017 durch die Trägerversammlung beschlossenen Neuausrichtung der Aufbauorganisation des Jobcenters als Spartenorganisation sehe. Nach Einführung einer sog. Matrixorganisation (Bereichsleitungen für Teams aus Leistungsgewährung und Arbeitsvermittlung zuständig) im Jahr 2012 habe man in den darauf folgenden Jahren einen Abfall der Integrationsquoten gegenüber anderen Jobcentern verzeichnen müssen (siehe der Vorlage beigefügte Grafiken).

Zudem beschließe die Trägerversammlung den Stellenplan, der auf Basis (teils gesetzlich) vorgegebener Betreuungsschlüssel aufgestellt werde. In dem Zusammenhang würden die teils relativ geringen Teamstärken weiter kritisch von den Trägern im Blick behalten. Weil die Teamleitungen nur zur Hälfte für die Sachbearbeitung zur Verfügung stehen, sollten die Führungsaufgaben möglichst stärker gebündelt werden.

Kreistagsabgeordneter Thiel betonte, dass der Schwerpunkt weniger auf eine Aufstockung des Personals des Jobcenters, sondern stärker auf die Eingliederung von Erwerbsfähigen in Arbeit gelegt werden müsse. Er bedauerte sehr, dass durch das Jobcenter erhebliche Finanzmittel aus dem Eingliederungsbudget nicht zur Finanzierung weiterer Eingliederungsmaßnahmen abgerufen worden sind, obwohl hierfür bereits im Sommer dieses Jahres eine Freigabe dieser Mittel durch die Träger erfolgt sei.

Kreistagsabgeordneter Kaster schlug als Beschluss vor, dass der Ausschuss mit den Entwicklungen im Aufgabenbereich des Jobcenters Rhein-Kreis Neuss nicht zufrieden sei und über die weiteren Entwicklungen berichtet werden solle.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose fasste den Sachverhalt zusammen und formulierte einen Beschlussvorschlag, über den anschließend abgestimmt wurde.

SozGe/20171207/Ö9

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss ist mit den Entwicklungen im Aufgabenbereich des Jobcenters unzufrieden. Er erwartet, dass die Integration in Arbeit in einem der wirtschaftsstärksten Räume deutlich besser gelingt und insbesondere bei den Integrationsquoten zumindest der Mittelwert des Vergleichstyps der Jobcenter erreicht wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

10. Vorstellung der Arbeit der Bildungskordinatorinnen im Rhein-Kreis Neuss

Vorlage: 50/2383/XVI/2017

Protokoll:

Die Bildungskordinatorinnen Frau Christiane Rudloff und Frau Mandy Geithner-Simbine stellten ihre Tätigkeit im Kommunalen Integrationszentrum anhand einer Präsentation vor. Die Präsentation ist dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose dankte den beiden für ihren Vortrag und wünschte ihnen für ihre Arbeit weiterhin viel Erfolg.

11. 2. Demokratiekonferenz des Rhein-Kreises Neuss

Vorlage: 50/2389/XVI/2017

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Dr. Klose fand es erfreulich, dass es im Rhein-Kreis Neuss eine ganze Reihe von Initiativen gebe, die sich für das demokratische System stark machen würden und im Rahmen der Demokratiekonferenz entsprechend gewürdigt worden seien.

Ausschussmitglied Kresse lobte ebenfalls deren ehrenamtliches Engagement.

12. Mitteilungen

12.1. Pflegeplatz (Heimfinder) - App

Vorlage: 50/2357/XVI/2017

Protokoll:

Kreisdirektor Brügge erklärte, dass das Anbieterverzeichnis und die Angabe zur Zahl der freien Plätze durch die Pflegeheime selbst gepflegt würden. Nach Einführung der App befinde man sich bezüglich der Datenaktualität inzwischen auf einem guten Weg.

12.2. Hinweis- und Beschwerdeportal der Heimaufsicht

Vorlage: 50/2358/XVI/2017

Protokoll:

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

12.3. Grundsicherungsrelevanter Mietspiegel (Neuerhebung 2018)

Vorlage: 50/2390/XVI/2017

Protokoll:

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

12.4. Aufhebung eines Erlasses zum WTG durch das MAGS NRW

Vorlage: 50/2361/XVI/2017

Protokoll:

Herr Mertens, Leiter der WTG-Behörde, fasste den in der Vorlage dargestellten Sachverhalt kurz zusammen. Zwischenzeitlich habe das MAGS den Erlass hinsichtlich der durch den Kreis schriftlich geäußerten Bedenken zur Rechtmäßigkeit und praktischen Umsetzung aufgehoben.

12.5. Konferenz für Gesundheit, Pflege und Alter

Vorlage: 53/2392/XVI/2017

Protokoll:

Kreisgesundheitsdezernent Mankowsy teilte ergänzend zur Vorlage mit, dass in der schon seit Jahren erfolgreichen Konferenz zuletzt erstmalig alle kreisangehörigen Städte und Gemeinden vertreten gewesen seien. Dies zeige die Bedeutung der besprochenen Themenfelder. Die Ärztekammer habe für das Kreisgebiet eine gute ärztliche Versorgung festgestellt, wobei diese gerade im Bereich der Fachärzte noch ausbaufähig sei. Der Ärztemangel würde sich nochmal verschärfen, wenn weitere Praxen schließen.

Durch den Gesetzgeber seien die Voraussetzungen für die bundesweite Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte leider weiterhin nicht gegeben. Daher würden derzeit durch private Unternehmen Alternativen, z. B. Gesundheits-Apps, entwickelt. Datenschutzrechtliche Problematiken könne dadurch begegnet werden, dass die Patienten selbst bestimmen können, welche Daten runtergeladen dürfen und welche nicht. Zu diesem Thema habe es einen sehr aufschlussreichen Vortrag gegeben. Auch insgesamt zeigte er sich mit dem Ergebnis der Konferenz sehr zufrieden.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose wünschte, dass das Thema weiter aufmerksam beobachtet und datenschutzrechtliche Punkte genauestens im Blick behalten werden. Andernfalls stehe je nach technischer Umsetzung zu befürchten, dass die Gesundheitsdaten durch unbefugte Dritte abgefangen werden könnten.

12.6. Würdigung der Aktivitäten des Gesundheitsamtes zu dem Thema

„Multiresistente Erreger“

Vorlage: 53/2391/XVI/2017

Protokoll:

Herr Dr. Dörr zeigte sich über die Auszeichnung des Kreises mit dem Sonderpreis sehr erfreut und fasste die in der Vorlage dargestellten Aktivitäten des Kreisgesundheitsamtes kurz zusammen. Darüber hinaus habe es bereits eine Reihe an Qualitätssiegeln, die nunmehr erneuert bzw. erweitert werden sollen, an Pflegeheime und Krankenhäuser vergeben.

13. Anfragen

13.1. Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 24.11.2017 - Soziale Beratung von Flüchtlingen Vorlage: 50/2403/XVI/2017

Protokoll:

Kreisdirektor Brügge verwies auf die Tischvorlage. Letztendlich wolle die Landesregierung keine Kürzung sondern nur eine Anpassung der Haushaltsmittel anhand der tatsächlichen Ausgaben vornehmen. In dem Zusammenhang begrüße er sehr, dass die grundständige Finanzierung der Kommunalen Integrationszentren aus Landesmitteln für die Legislaturperiode bis 2022 gesichert sei. Hierdurch werde deren Arbeit eine langfristige Perspektive und den Beschäftigten in den KI Planungssicherheit verschafft.

Auf Nachfrage des Ausschussmitgliedes Kresses zur Höhe des Mittelbedarfes der einzelnen Wohlfahrtsverbände bat Kreisdirektor Brügge darum, diese Anfrage durch die Fraktion direkt dorthin zu stellen, da die Thematik nicht in den Aufgabenbereich der Verwaltung falle.

13.2. Medienbericht über Verkauf gestreckter Krebsmedikamente

Protokoll:

Kreistagsabgeordnete Servos fragte in Bezugnahme auf Medienberichte der letzten Wochen über einen Bottroper Apotheker, der unwirksame Medikamente an Krebspatienten verkauft haben soll, ob es derartige Fälle auch im Kreisgebiet gegeben habe. Herr Dr. Dörr, Leiter des Kreisgesundheitsamtes, teilte mit, dass die Apothekenaufsicht hierfür keine Anhaltspunkte habe.

13.3. Anfrage jährlicher Bericht zum Integrationskonzept

Protokoll:

Ausschussmitglied Kresse merkte an, dass der Sozial- und Gesundheitsausschuss in seiner Sitzung im Dezember 2016 einen jährlichen Bericht über die Umsetzung des Integrationskonzeptes beschlossen habe.

Kreisdirektor Brügge teilte als Termin für die nächste Integrationskonferenz den 16.03.2018 mit. Er konstatierte eine leichte Überschreitung der Jahresfrist. Bevor die Verwaltung dem Ausschuss berichte, wolle man jedoch in einen fachlichen Austausch mit den Akteuren in diesem Bereich treten.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Dr. Hans-Ulrich Klose um 19:35 Uhr die Sitzung.



Dr. Hans-Ulrich Klose
Vorsitz



Carsten Paetau
Schriftführung

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. 50/2423/XVI/2017

| Gremium | Sitzungstermin | Behandlung |
|----------------------------------|----------------|------------|
| Sozial- und Gesundheitsausschuss | 07.12.2017 | öffentlich |

Tagesordnungspunkt:

Eingangsd Diagnose Flüchtlingskinder - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.12.2017

Sachverhalt:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.12.2017 ist dieser Tischvorlage beigelegt. Auf die darin enthaltene Begründung und den Beschlussvorschlag wird verwiesen.

Die Forderung nach einer umfangreichen diagnostischen Testung von Seiteneinsteigern vor Schuleintritt in weiterführende Schulen ist nachvollziehbar und im KI auch bereits mehrfach intern diskutiert worden. Aus verschiedenen Gründen ist diese aber von Seiten des KI nicht durchführbar bzw. im Vorfeld der Beschulung auch nicht möglich oder nicht notwendig, da die Diagnostik in bestimmten Teilbereichen auch bereits gewährleistet ist:

Es ist keine Ermächtigungsgrundlage bekannt, die das KI ermächtigt, im Rahmen der Seiteneinsteigerberatung spezielle Diagnoseverfahren durchzuführen. Aufgabe des KI ist in erster Linie eine systemische Organisationsberatung, so unter anderem die Beratung und Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und deren Eltern, z.B. beim Seiteneinstieg, zu Bildungs- und Ausbildungswegen, Ganztagsangeboten, außerschulischen Angeboten und Übergängen. Teilleistungsstörungen werden und können nicht durch das KI überprüft werden, da es hierfür keine gesetzliche Grundlage gibt und dies originär durch schulische Verfahren festgestellt wird.

Sofern eine Familie während der Beratung kommuniziert, dass eine Teilleistungsstörung vorhanden ist oder evtl. sogar schon ärztliche Dokumente vorliegen und dies bestätigen, wird vom KI das Inklusionsbüro eingeschaltet, damit die weiteren Schritte gemeinsam mit dem Inklusionsbüro und den Eltern auf den Weg gebracht werden können, evtl. auch die mögliche Einschulung an einer Förderschule.

Schulische Vorkenntnisse werden aktuell im KI im Rahmen der Seiteneinsteigerberatung durch Vorlage eines Schulzeugnisses aus dem Herkunftsland ermittelt. Bei Vorhandensein eines Schulzeugnisses können erste Rückschlüsse auf den Lernstand des Kindes getroffen werden. Das Beratungsgespräch im KI ist darauf ausgelegt, den bisherigen schulischen Werdegang zu erfragen und hierbei relevante Informationen zu dokumentieren, eine Einschätzung vorzunehmen und den Schulen die Informationen mit dem Einverständnis der Eltern zur

Verfügung zu stellen. Sprachliche Kompetenzen werden überprüft, indem die betroffenen Personen in Deutsch und Englisch direkt angesprochen werden. Kenntnisse in Mathematik werden ggf. mit einem Mathematik-Arbeitsblatt angetestet. Da das KI multilingual aufgestellt ist, werden Familien, wenn möglich, auch in ihrer Herkunftssprache beraten. Auch hier erfolgt die direkte Ansprache durch den Berater an die Schülerin/ den Schüler. Sollte eine Sprache nicht durch das KI bedient werden können, werden Übersetzer zur Beratung mitgebracht, auch hierdurch kann eine erste Einschätzung der Sprachkenntnisse getroffen werden. Allerdings ist das KI hierbei auf die Richtigkeit der Angaben durch den Übersetzer angewiesen. Auch der Stand der lateinischen Alphabetisierung wird im Beratungsgespräch im KI erhoben und anhand von Plakaten oder kurzen Texten auf Richtigkeit überprüft.

Eine konkrete Feststellung der schulischen Kenntnisse im Bereich Mathematik und Fremdsprachen und die eventuelle Diagnose von Lern-Rechtschreib-Schwäche und Dyskalkulie können vom KI nicht diagnostiziert werden. Dies ist Aufgabe der Schule. Dazu müssen, wie die Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie e.V. ausführt, neben der Anwendung psychometrischer Leistungstests auch die klinische Untersuchung, also die ganzheitliche Betrachtung des Entwicklungsverlaufs, der Familien- und Schulsituation sowie die Auswirkungen der Leistungsdefizite auf die psychische und soziale Entwicklung, die schulische Integration, die gesellschaftliche Eingliederung und die Familie einbezogen werden.

Im Rahmen der Seiteneinsteigerberatung ist durch das KI immer zu berücksichtigen, dass Schülerinnen und Schüler kurz nach ihrer Einreise häufig durch Fluchterfahrungen beeinträchtigt oder sogar traumatisiert sind und nicht in der Lage sind, Auskunft über ihren Bildungsstand zu geben und vor allem auch die Leistungen unter Beweis zu stellen. Manche Kinder fangen an zu weinen, weil sie sich zu sehr unter Druck gesetzt fühlen, da sie die ganze Situation während der Beratung nicht verstanden haben oder falsch einschätzen. Daher ist von Seiten der Berater/Innen ein äußerst sensibles Vorgehen notwendig und wird auch so praktiziert. Durch fehlende, nicht vorgelegte Zeugnisse fehlen manchmal auch entsprechende objektive Kriterien für die Prognose. Eine objektive Einschätzung ist aus diesen Gründen in der Beratungssituation im KI oft nicht möglich. Die Diagnostik zur Festsetzung individueller Förderung braucht Zeit, Raum und Fachleute für diesen Bereich. Eine objektive Prognose ist erst möglich, wenn die Schülerin/ der Schüler einige Wochen am Unterricht teilgenommen hat, dies ist Aufgabe der Schule. Diese wendet sich dann in der Regel an den Schulpsychologischen Dienst. Das KI arbeitet in guter Abstimmung mit dem Schulpsychologischen Dienst.

Darüber hinaus mangelt es auch an einer notwendigen gesetzlichen Grundlage zur Weiterleitung derartiger Diagnoseergebnisse von Seiten des KI an die Schulen.

Hinsichtlich der angesprochenen Diagnostik der motorischen Fähigkeiten und des psychischen Allgemeinzustandes werden diese bereits durch die Schuluntersuchung des Gesundheitsamtes abgedeckt. Den Untersuchungstermin im Gesundheitsamt vermittelt das KI. Ermächtigungsgrundlage für die schulische Eingangsuntersuchung des öffentlichen Gesundheitsdienstes ist § 12 Abs. 2 Satz 3 ÖGDG und § 54 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 SchulG. Demnach wird bei einzuschulenden Seiteneinsteigern eine schulärztliche Untersuchung durchgeführt. Näheres regelt ein Runderlass. Danach orientiert sich die schulärztliche Untersuchung der Seiteneinsteiger an einem landesweit abgestimmten Verfahren und umfasst folgende Punkte: Sehtest, Hörtest, Untersuchung des Stütz- und Bewegungsapparates, der inneren Organe (Lunge), Untersuchung auf schulrelevante chronische, übertragbare und allergische Erkrankungen, Untersuchung des Entwicklungsstandes und der seelischen Gesundheit. Behinderungen werden unter Berücksichtigung der Schulrelevanz untersucht. Daneben erfolgt eine Überprüfung des Impfstatus. Für alle Seiteneinsteigenden wird ein

schulärztliches Gutachten erstellt. Bei Bedarf wird auf Kinder-, Allgemein- oder Fachärzte zur weiteren Überprüfung verwiesen.

Anlagen:

171207 SozialAS Antrag Schuleingang Flüchtlingskinder

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN KTF, SCHULSTR. 1, 41460 NEUSS

An den Vorsitzenden des
Sozial- und Gesundheitsausschusses
im Rhein-Kreis Neuss
Herrn Dr. Hans-Ulrich Klose

Fax +49 2181 6012401

Fraktion im Rhein-Kreis Neuss

Erhard Demmer

Fraktionsvorsitzender



Schulstraße 1

41460 Neuss

Tel: +49 (2131) 1666-81

Fax: +49 (2131) 1666-83

fraktion@gruene-rkn.de

Neuss, 6. Dezember 2017

Erhard Demmer / Renate Dorner-Müller

Flüchtlinge

hier: Eingangsdiagnose Flüchtlingskinder

Sehr geehrter Herr Dr. Klose,

zum Tagesordnungspunkt 2 der Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 7. Dezember 2017 stellen wir nachstehenden Antrag:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt:

Die in die weiterführenden Schulen einzugliedernden Flüchtlingskinder werden vor Eintritt in die jeweilige Schule umfangreich diagnostisch "getestet".

Die Diagnose soll schulische Vorkenntnisse, also den vorgefundenen Lernstand, insbesondere im mathematischen Denken (Mathematik) und hinsichtlich der sprachlichen Kompetenzen (Deutsch und ggf. Fremdsprachen) erfassen.

Teilleistungsstörungen wie LRS und Dyskalkulie sind dabei gesondert zu erläutern. Auch motorische Fähigkeiten und der psychische Allgemeinzustand (Traumatisierungen?) sind zu überprüfen.

Das Kommunale Integrationszentrum arbeitet mit dem Schulpsychologischen Dienst des Rhein-Kreises Neuss zusammen und bedient sich der allgemein- anerkannten diagnostischen Standard-Verfahren.

Es teilt die Ergebnisse des diagnostischen Gesamtverfahrens der aufnehmenden Schule mit.

Begründung:

Bisher wurden Flüchtlingskinder ohne erkennbare Einstiegsdiagnostik den Schulen zugewiesen. Dies führt dazu, dass für die notwendige individuelle Förderung im Rahmen der zweijährigen Regelförderdauer ein hoher Zeitverlust entsteht bzw. entstehen kann.

Um eine individuelle Förderung "passgenau" auf den jeweiligen Schüler zuzuschneiden, können Informationen aus vorangegangenen diagnostischen Verfahren sehr hilfreich sein.

Mit freundlichen Grüßen

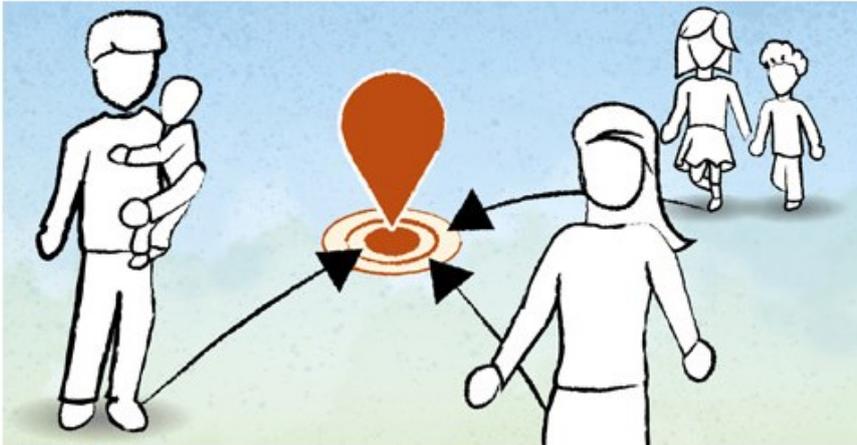


Erhard Demmer
Fraktionsvorsitzender

gez. Angela Stein-Ulrich
Kreistagsabgeordnete

per Email an: Kreistagsbüro und Fraktionsgeschäftsstellen im Rhein-Kreis Neuss

Familienasyl und Familiennachzug



Quelle: BAMF

Familienmitglieder von Schutzberechtigten erhalten ebenfalls Asyl.

Im Sinne des Familienasyls zählen als Familienmitglied:

- Ehegattinnen oder Ehegatten bzw. eingetragene Lebenspartnerinnen oder Lebenspartner,
- die minderjährigen ledigen Kinder,
- die personensorgeberechtigten Eltern von minderjährigen Ledigen,
- andere erwachsene Personen, die für minderjährige Ledige personensorgeberechtigt sind,
- die minderjährigen ledigen Geschwister von Minderjährigen.

Voraussetzung für Ehegattinnen oder Ehegatten ist, dass eine wirksame Ehe bereits im Herkunftsland bestanden hat, der Asylantrag vor oder gleichzeitig mit der schutzberechtigten Person, spätestens unverzüglich nach der Einreise gestellt worden ist und die Schutzberechtigung nicht zu widerrufen ist.

Diese **Regelung** gilt für Schutzberechtigte, denen der **Flüchtlingsschutz** oder die **Asylberechtigung** zuerkannt wurde oder die **subsidiären Schutz** erhalten haben. Ausgeschlossen sind Personen, bei denen im Asylverfahren ein **nationales Abschiebungsverbot** festgestellt wurde.

In Deutschland geboren

Wird ein Kind in Deutschland nach der Asylantragstellung der Eltern geboren, bietet der Gesetzgeber zum Schutz der Kinder unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit eines eigenen Asylverfahrens. Hierzu informieren die Eltern, von denen noch mindestens ein Elternteil im Asylverfahren ist, oder die Ausländerbehörde das Bundesamt von der Geburt. Der Asylantrag gilt damit automatisch – im Interesse des Neugeborenen – als gestellt. Die Eltern können für ihr Kind eigene Asylgründe vorbringen. Wenn sie das nicht tun, gelten die gleichen Gründe wie bei den Eltern. Auch hier steht gegen eine ablehnende Entscheidung des Bundesamtes der Rechtsweg offen.

Ebenfalls und zum Schutz des Kindes werden und dürfen minderjährige Kinder bei einem ablehnenden Bescheid nicht getrennt von ihren Eltern rückgeführt werden.

Rechtliche Grundlagen



Das Familienasyl ist in **§ 26 AsylIG** geregelt.

Die Rechtsgrundlage für in Deutschland geborene Kinder von Asylantragstellenden findet sich in den **§§14 a und 43 Abs. 3 Satz 1 AsylIG**.

➤ [Asylgesetz](#)

Familiennachzug

Asylberechtigte Schutzberechtigte, denen die **Flüchtlingseigenschaft** oder **subsidiärer Schutz** zuerkannt worden ist, haben das Recht auf **privilegierten** Familiennachzug. Das bedeutet, dass kein Nachweis der Lebensunterhaltssicherung und ausreichenden Wohnraums als Voraussetzung für die Einreise der Familienangehörigen notwendig ist. Dies gilt für den Nachzug der Ehegattin bzw. des Ehegatten und der minderjährigen ledigen Kinder.

Hierfür muss der entsprechende Antrag innerhalb von **drei Monaten** nach Anerkennung der Asylberechtigung oder der Zuerkennung der Schutzberechtigung bei der für den Aufenthaltsort der Familienangehörigen **zuständigen deutschen Auslandsvertretung** gestellt werden. Wird der Antrag später gestellt, besteht kein Anspruch auf den Nachzug, sondern die Auslandsvertretung entscheidet nach Ermessen.

Für den **Familiennachzug zu Asylberechtigten und Schutzberechtigten aus Syrien** sollte der Antrag über das **Webportal** des Auswärtigen Amtes elektronisch gestellt werden (siehe Link in der rechten Spalte).

Für **subsidiär Schutzberechtigte** deren Aufenthaltserlaubnis nach dem 17.03.2016 erteilt worden ist, gilt eine **Übergangsfrist von zwei Jahren**. In dieser Zeit kann kein Familiennachzug erfolgen. Nach dem 16. März 2018 ist ein Familiennachzug wieder erlaubt. In diesen Fällen beginnt die Drei-Monatsfrist für den privilegierten Familiennachzug ab dem 16.03.2018. In besonderen Härtefällen ist eine humanitäre Aufnahme von Familienangehörigen weiterhin möglich.

Solange das Asylverfahren läuft, kann grundsätzlich kein Familiennachzug erfolgen. Ist im Asylverfahren ein Abschiebungsverbot festgestellt worden, darf der Familiennachzug nur aus humanitären oder anderen wichtigen öffentlichen Gründen erfolgen.

Rechtliche Grundlagen



Das Recht auf Familienzusammenführung für Schutzberechtigte sowie die Übergangsfrist für subsidiär Geschützte und Unbegleitete Minderjährige ist im **Aufenthaltsgesetz** geregelt.

➤ [Aufenthaltsgesetz](#)

Datum 22.11.2017

Quelle:

<http://www.bamf.de/DE/Fluechtlingsschutz/FamilienasylFamiliennachzug/familienasyl-familiennachzug-node.html>

Resettlement und humanitäre Aufnahme

Resettlement

Resettlement soll die **dauerhafte** Aufnahme von Flüchtlingen aus Drittstaaten ermöglichen. Die Betroffenen haben in dem Land ihrer ersten Zuflucht keine Perspektive auf Integration noch auf eine Rückkehr in ihr Herkunftsland. Der sogenannte Resettlementbedarf wird vom UNHCR festgestellt. Die Resettlementflüchtlinge erhalten einen Aufenthaltstitel nach **§23 Abs. 4 Aufenthaltsgesetz** und müssen **kein Asylverfahren** durchlaufen.

Auswahlkriterien sind in der Regel:

- Wahrung der Einheit der Familie
- Familiäre oder sonstige integrationsförderliche Bindungen nach Deutschland
- Integrationsfähigkeit (wie etwa Grad der Schul-/Berufsausbildung, Berufserfahrung, Sprachkenntnisse)
- Grad der Schutzbedürftigkeit

In der Pilotphase von 2012 bis 2014 wurden pro Jahr 300 Schutzbedürftige aufgenommen. Diese wurden grundsätzlich vom UNHCR vorgeschlagen. Die Resettlementquote für das Jahr 2015 wurde in Einvernehmen zwischen Bund und Ländern auf 500 Personen angehoben. Die 500er-Quote wird in den Jahren 2016/2017 mit dem Resettlementprogramm der EU-KOM (Migrationsagenda) verrechnet. Die Gesamtquote für die zwei Jahre beträgt 1.600 Schutzsuchende. Aktuell wird diese Quote für den 1:1-Mechanismus des EU-Türkei Abkommens für die Aufnahme von syrischen Flüchtlingen genutzt. Zudem sollen ca. 200 Menschen aus dem Libanon aufgenommen werden.

Rechtliche Grundlagen



Rechtsgrundlage für das Resettlementverfahren ist **§ 23 Absatz 4 AufenthG**.

Den ausgewählten Personen wird zunächst eine befristete Aufenthaltserlaubnis erteilt. Die Verlängerung richtet sich nach **§ 26 Absatz 3, Satz 2 AufenthG**. Nach drei Jahren ist eine Niederlassungserlaubnis zu erteilen, es sei denn es liegen die Voraussetzungen für eine Rücknahme vor. Die Aufenthaltserlaubnis ist mit einer wohnsitzbeschränkenden Auflage versehen, soweit und solange Leistungen nach SGB II bzw. XII bezogen werden. Bezüglich des Familiennachzugs gelten die Regelungen der §§ 27 ff. AufenthG.

➤ [AufenthG](#)

Humanitäre Aufnahme

Im Rahmen des humanitären Aufnahmeverfahrens nach **§ 23 Abs. 2 AufenthG** können in Deutschland Menschen aufgenommen werden, die z.B. angesichts einer akuten Krisensituation aus ihrem Herkunftsland geflohen und kurzfristig auf humanitäre Hilfe angewiesen sind.

Rechtliche Grundlagen



Rechtsgrundlage für humanitäre Aufnahmeverfahren ist **§ 23 Absatz 2, Absatz 3 i.V.m. § 24 AufenthG**. Das Bundesamt ist für die Durchführung des Aufnahme- und Verteilverfahrens gem. § 75 Nr. 8 AufenthG zuständig.

Den ausgewählten Personen wird zunächst eine befristete Aufenthaltserlaubnis erteilt. Die Verlängerung richtet sich nach **§ 8 AufenthG**. Die Aufenthaltserlaubnis ist mit einer wohnsitzbeschränkenden Auflage versehen, soweit und solange Leistungen nach SGB II bzw. XII bezogen werden. Bezüglich des Familiennachzugs gelten die Regelungen der **§§ 27 ff. AufenthG**.

➤ [AufenthG](#)

Hintergrundinformationen



Humanitäre Aufnahme syrischer Flüchtlinge von 2013-2015

Am 20. März 2013 hat der Bundesminister des Innern im Einvernehmen mit den Innenministern und -senatoren der Länder entschieden, im Vorgriff auf eine erwartete gesamteuropäische Hilfsmaßnahme zur Bewältigung der humanitären Krise in Syrien und dessen Anrainerstaaten im Jahr 2013 bis 5.000 besonders schutzbedürftige Syrerinnen und Syrer für die Dauer des Konflikts aufzunehmen. Am 30.05.2013 wurde die entsprechende Aufnahmeanordnung im Benehmen mit den Bundesländern erlassen. Der Bundesminister des Innern hat im Nachgang zur Innenministerkonferenz vom 04.-06.12.2013 das bestehende Kontingent um weitere 5.000 Menschen erhöht. Die entsprechende Aufnahmeanordnung wurde am 23.12.2013 erlassen. Mit Anordnung vom 18.07.2014 wurde das Kontingent nochmals um diesmal 10.000 Schutzbedürftige auf somit insgesamt 20.000 Schutzbedürftige erweitert. Das Verfahren ist mittlerweile abgeschlossen.

Datum 01.08.2016

Quelle:

<http://www.bamf.de/DE/Fluechtlingsschutz/HumAufnahmeResettlement/ResettlementHumanitaereAufnahme/resettlement-node.html>

unabhängig. kompetent. praxisorientiert.

Expertise für Wohnungsmarkt und Stadtentwicklung

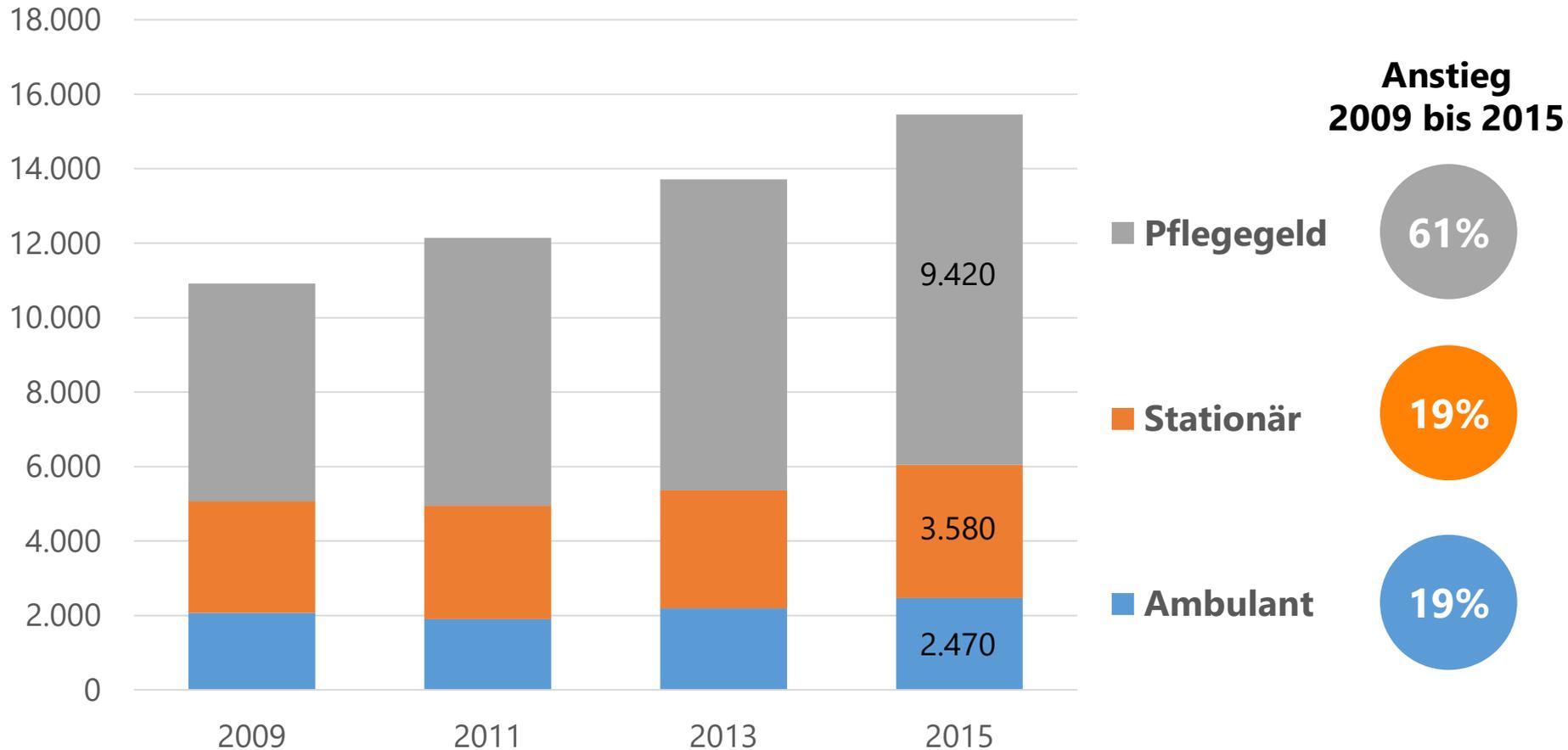


Pflegebedarfsplanung Rhein-Kreis Neuss

Felix Arnold

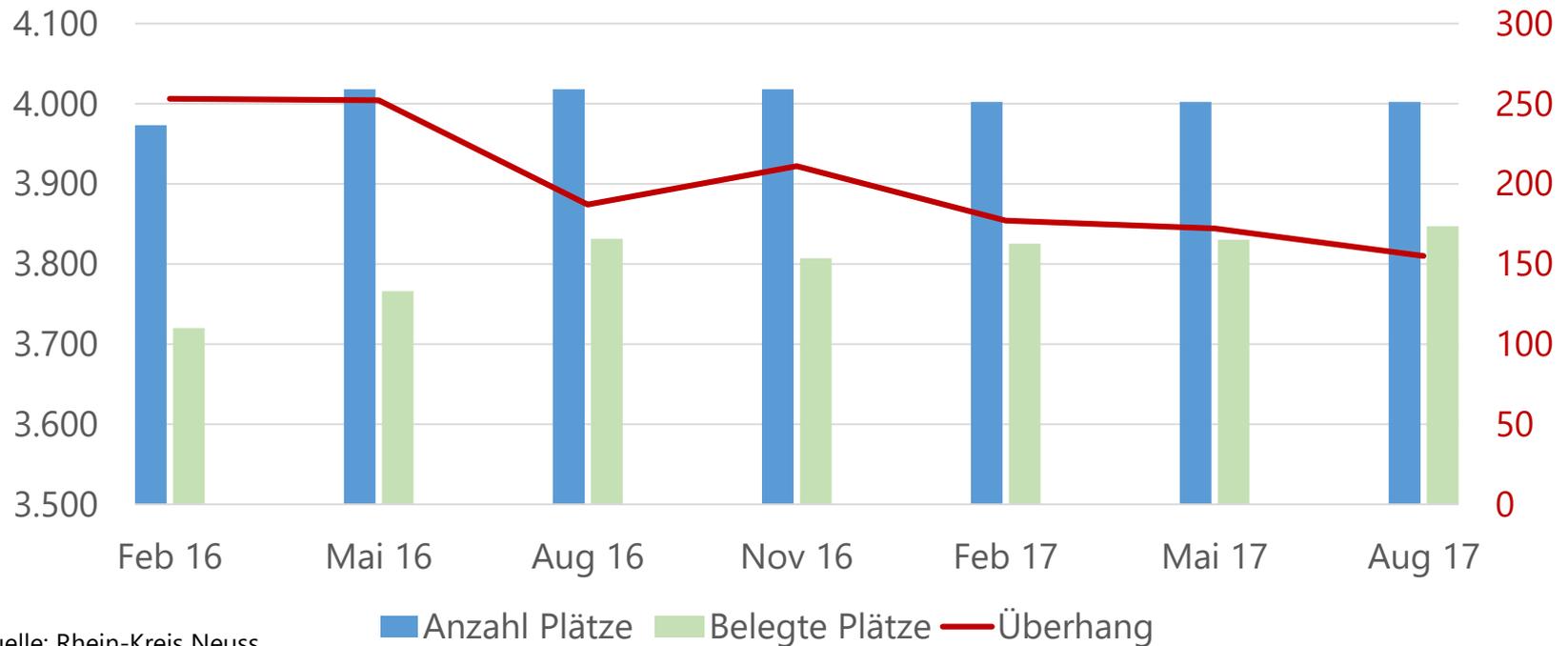
- Auswertung von Sekundärdaten (Pflegestatistik, Wanderungen etc.)
- Befragung von stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen sowie ambulanten Pflegediensten
- Rücklauf:
 - ✓ Stationär: Informationen zu 2.840 Pflegefällen / 74 % der Pflegebedürftigen
 - ✓ Ambulant: Informationen zu 1.130 Pflegefällen 45 % der Pflegebedürftigen
 - ✓ Teilstationär: Informationen zu 320 Pflegefällen / 78 % der Pflegebedürftigen
- Durchführung von Expertengesprächen
- Erstellung einer Bevölkerungsprognose
- Ableitung des Bedarfs differenziert nach Pflegeformen und Pflegepersonal

Entwicklung der Zahl der Pflegebedürftigen



Quelle: Pflegestatistik IT.NRW

- Insgesamt 4.002 stationäre Pflegeplätze davon 228 Kurzzeitpflegeplätze (218 eingestreute Pflegeplätze)
- Angebotsüberhänge konnten abgebaut werden
- Hohe Auslastung (>98 %) in Dormagen, Rommerskirchen, Kaarst, Neuss, Freie Kapazitäten vor allem in Meerbusch und Grevenbroich



Plätze pro 100 Pflegebedürftige

| | Tagespflege Versorgungsgrad | Kurzzeitpflege Versorgungsgrad | Stationäre Pflege Versorgungsgrad |
|-------------------|--------------------------------|-----------------------------------|--------------------------------------|
| Dormagen | 1,3 | 1,5 | 25 |
| Grevenbroich | 0,5 | 2,0 | 28 |
| Jüchen | 3,1 | 1,8 | 21 |
| Kaarst | 4,1 | 0,7 | 25 |
| Korschenbroich | 1,8 | 2,1 | 34 |
| Meerbusch | 1,3 | 1,4 | 28 |
| Neuss | 1,3 | 1,2 | 23 |
| Rommerskirchen | 2,6 | 2,1 | 34 |
| Rhein-Kreis Neuss | 1,6 | 1,5 | 26 |

Quelle: ALP, Rhein-Kreis Neuss

Rhein-Kreis Neus im Vergleich Plätze pro 100 Pflegebedürftige*

| Kreis | Kurzzeitpflegeplätze (insgesamt) | Kurzzeit- pflegeplätze (solitär) | Tagespflege |
|--------------------------|-------------------------------------|--|-------------|
| Heinsberg | 1,4 | 0,0 | 3,7 |
| Viersen | 1,7 | 0,3 | 1,2 |
| Düren | 1,4 | 0,1 | 2,4 |
| Mönchengladbach | 1,6 | 0,5 | 1,4 |
| Düsseldorf | 2,1 | 0,5 | 1,2 |
| Krefeld | 2,0 | 0,5 | 1,9 |
| Rhein-Kreis Neuss | 1,5 | 0,1 | 1,6 |

*Teils unterschiedlicher Stand 2015 bis 2017

- Starker Anstieg der Zahl der hochaltrigen Personen / der Pflegebedürftigen
- Im Vergleich mit NRW hoher Anteil Pflegegeldempfänger
- Überkapazitäten in den Pflegeheimen konnten in den letzten zwei Jahren deutlich abgebaut werden (rd. 100 Plätze) – Zahl der voll ausgelasteten Heime ist gestiegen → Situation in der Kurzzeitpflege wird sich verschärfen
- Kürzere Verweildauern bei erhöhtem Pflege- und Betreuungsaufwand im stationären Bereich → der Charakter der Einrichtungen verändert sich (bereits heute rund 75 % demenziell erkrankt)
- Steigende Nachfrage nach teilstationären Angeboten / Versorgungssituation unterscheidet sich kleinräumig stark
- Die Personalengpässe - insbesondere in der ambulanten Pflege - führen zu einer zusätzlichen Belastung der pflegenden Angehörigen → Aufgrund der Engpässe im professionellen ambulanten Bereich „boomt“ der Markt der Vermittlungsagenturen
- Starke Verflechtungen innerhalb des Kreises und mit angrenzenden Kommunen – Tendenziell übernimmt der Rhein-Kreis Neuss eine Versorgungsfunktion für angrenzende Kommunen
- Hoher Nachfrageanstieg nach ambulanten Pflegeleistungen (u. a. nach Leistungen gemäß § 45b SGB XI - Entlastungsbetrag) – Nachfrage kann derzeit kaum befriedigt werden
- Bereits gutes Beratungsnetzwerk vorhanden
- Alternative Wohn- und Pflegeangebote vergleichsweise wenig vorhanden

01 Status Quo

02 Bedarfsabschätzung

03 Bilanzierung von Bestand und Bedarf

04 Bewertung und Handlungsempfehlungen

Basisszenario: konstante Pflegequoten und konstante Verteilung nach den Pflegeformen

Szenario Gesundheit: Sinkende Pflegequoten bei konstanter Verteilung nach den Pflegeformen. Annahme: Mit steigender Lebenserwartung geht auch eine längere pflegefreie Zeit einher. Basis für die Festsetzung der Annahme ist die Steigerung der Lebenserwartung wie sie in das Prognosemodell eingeht. Konkret wird die Nachfrage bis 2040 gegenüber dem Basisszenario um insgesamt 7% niedriger liegen (2030: 5%).

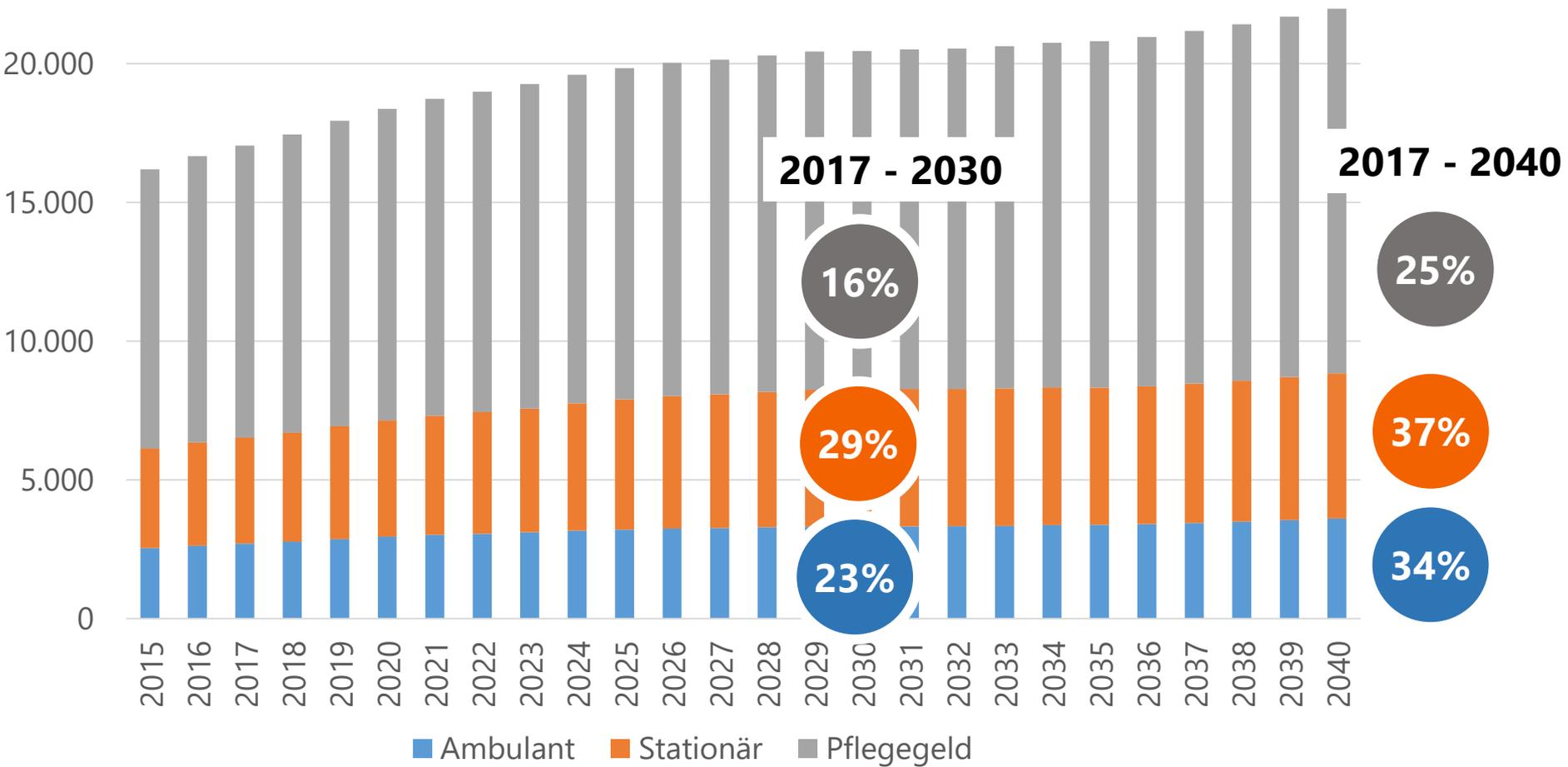
Szenario Ambulantisierung: Konstante Pflegequoten bei Verschiebung der Nachfrage von der stationären Pflege in Richtung der (formellen und informellen) ambulanten Pflege. Annahme: Bis 2040 werden 20 % der stationär versorgten Pflegebedürftigen der Pflegegrade 2 und 3, 10 % des Pflegegrads 4, und 5 % des Pflegegrads 5 ambulant versorgt.

Szenario Professionalisierung: Konstante Pflegequoten bei der Verschiebung der Nachfrage von der informellen ambulanten Pflege (Pflegegeld) hin zur formellen ambulanten Pflege. Annahme der Anteil der pflegenden Angehörigen bleibt konstant.

Prognose der Pflegebedürftigen nach Pflegeform – Basisszenario

exkl. Pflegegrad 1 - inkl. früherer „Pflegestufe 0“

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung wird der Pflegebedarf weiter steigen (2017 bis 2030: rund 20 %, 2017 bis 2040 um 29 %)



Quelle: ALP

| | | 2017-2030 | 2017-2040 |
|--|------------|------------------|------------------|
| Basisszenario | Ambulant | 23% | 34% |
| | Stationär | 29% | 37% |
| | Pflegegeld | 16% | 25% |
| Szenario Ambulantisierung | Ambulant | 34% | 54% |
| | Stationär | 14% | 7% |
| | Pflegegeld | 19% | 30% |
| Szenario Gesundheit | Ambulant | 18% | 24% |
| | Stationär | 24% | 27% |
| | Pflegegeld | 11% | 16% |
| Professionalisierung der ambulanten Pflege | Ambulant | 66% | 110% |
| | Stationär | 29% | 37% |
| | Pflegegeld | 4% | 4% |

Quelle: ALP

01 Status Quo

02 Bedarfsabschätzung

03 Bilanzierung von Bestand und Bedarf

04 Bewertung und Handlungsempfehlungen

Bilanz 2017 auf Basis der rechnerischen Ermittlung mit einheitlichen Pflegequoten

| | Status Quo | Ambulantisierung | Gesundheit |
|-------------------|------------|------------------|------------|
| | 2017-2030 | 2017 - 2030 | 2017-2030 |
| Dormagen | 195 | 105 | 164 |
| Grevenbroich | -35 | -117 | -63 |
| Jüchen | 79 | 47 | 68 |
| Kaarst | 289 | 219 | 265 |
| Korschenbroich | 56 | 10 | 40 |
| Meerbusch | 154 | 68 | 125 |
| Neuss | 283 | 102 | 221 |
| Rommerskirchen | 0 | -19 | -6 |
| Rhein-Kreis Neuss | 1.021 | 416 | 814 |

**Unter Berücksichtigung einer Fluktuationsreserve von 2 %*

Quelle: ALP

Bilanz 2017 auf Basis der rechnerischen Ermittlung mit einheitlichen Pflegequoten

Rhein-Kreis Neuss

| | Status Quo | Ambulantisierung | Gesundheit |
|-----------|------------|------------------|------------|
| 2017-2020 | 295 | 176 | 254 |
| 2017-2025 | 788 | 432 | 666 |
| 2017-2030 | 1.021 | 416 | 814 |

| | 2020 | 2025 | 2030 | 2040 |
|---|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| | <i>Pflegefachkräfte</i> | <i>Pflegefachkräfte</i> | <i>Pflegefachkräfte</i> | <i>Pflegefachkräfte</i> |
| Basisszenario | 177 | 333 | 410 | 511 |
| Ambulantisierung | 156 | 282 | 331 | 368 |
| Gesundheit | 158 | 288 | 339 | 389 |
| Professionalisierung ambulante Pflege | 235 | 467 | 579 | 772 |
| | <i>Pflegehilfskräfte</i> | <i>Pflegehilfskräfte</i> | <i>Pflegehilfskräfte</i> | <i>Pflegehilfskräfte</i> |
| Basisszenario | 113 | 220 | 275 | 342 |
| Ambulantisierung | 90 | 164 | 186 | 180 |
| Gesundheit | 99 | 188 | 226 | 257 |
| Professionalisierung der ambulante Pflege | 133 | 266 | 334 | 433 |

Quelle: ALP

Szenario Ambulantisierung

- + Die ambulante Versorgung entspricht in der Regel dem Wunsch der Pflegebedürftigen
- + Ausweitung des Leistungsspektrums der Pflegeversicherungen
- + Ambulante Pflege benötigt in der Regel weniger ausgebildetes Pflegepersonal (was jedoch durch Angehörige oder nachbarschaftliche Hilfen kompensiert werden muss)
- Ambulante Versorgung von Demenzkranken stellte eine große Herausforderung dar
- Deutliche Ausweitung des Engagements pflegender Angehöriger erforderlich

Szenario Gesundheit

- Bisher kein Trend hin zu geringeren Pflegewahrscheinlichkeiten feststellbar
- + Der verstärkte Einsatz von Technik zur Unterstützung von Pflegebedürftigen und pflegenden Menschen sowie eine verbesserte Präventionsarbeit könnte das durchschnittliche Eintrittsalter in die Pflegebedürftigkeit jedoch erhöhen

Szenario Status quo

- + Strukturelle Veränderungen brauchen Zeit
- Hoher zusätzlicher Bedarf an Pflegefachkräften

Szenario Professionalisierung

- + Steigende Zahl Pflegebedürftiger vs. sinkende Zahl von Erwerbsfähigen
- Steigende Zahl Pflegebedürftiger vs. weniger stark steigendes informelles Pflegepersonal

- Entwicklung wird sich tendenziell zwischen dem *Szenario Status quo* und dem *Szenario Ambulantisierung* bewegen
- Wie gepflegt wird, ob durch Angehörige, mithilfe eines ambulanten Pflegedienstes oder vollstationär, hängt auch von den vorhandenen Strukturen und Angeboten ab und kann damit bis zu einem bestimmten Grad gesteuert werden
- Inwieweit es gelingt, die zusätzliche Nachfrage nach Pflegeinfrastrukturen in ambulante Pflegesettings zu lenken, wird maßgeblich davon abhängen, inwieweit die Unterstützungsstrukturen rund um die häusliche Pflege verbessert werden
- Eine stärkere *Professionalisierung* wird sich aufgrund des Personalengpasses eher in Form von optimierten Strukturen und Abläufen zeigen, als in einer Aufstockung des Personals

01 Status Quo

02 Bedarfsabschätzung

03 Bilanzierung von Bestand und Bedarf

04 Bewertung und Handlungsempfehlungen

- Unabhängig vom gewählten Szenario wird zukünftig eine Kapazitätsausweitung in der stationären Pflege erforderlich sein
- Ausbau solitärer Kurzzeitpflegeplätze erforderlich
- Maßnahmen zur Personalgewinnung sollten konsequent und möglichst kreisübergreifend durchgeführt werden
 - Gewinnung von Personal mit Migrationshintergrund
 - Stärkung des Images des Pflegeberufes
 - Rückgewinnung von Pflegekräften
 - Teilzeitkräfte motivieren die Arbeitszeit auszuweiten (Konzepte zur Ausweitung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf)
- Steigende Anzahl demenziell veränderter Menschen erfordert Alternativen auch in der ambulanten Versorgung (ambulante Pflegegemeinschaften für Demenzkranke)
- Pflegedienstleister sollten ihr Angebotsspektrum weiter ausbauen. Bspw. Prüfung des Ausbaus von betreuten Wohnangeboten in Kombination mit Tagespflegeangeboten
- Ausbau von Angeboten im Bereich der haushaltsnahen Dienstleistungen
- Mehr Transparenz – ggf. Aufbau einer Anbieterdatenbank (vgl. Kreis Heinsberg)

- Wenn zukünftig weiterhin ein hoher oder sogar steigender Anteil der Pflegebedürftigen ambulant versorgt werden soll, sind Unterstützungsstrukturen massiv auszubauen
- Stärkung der Strukturen im Quartier - Blick zukünftig noch intensiver auf die Bereiche Inklusion, Nachbarschaftshilfe und Entwicklung von Quartiersarbeit lenken
 - In einem ersten Schritt ist zu identifizieren, welche Akteure in die Quartiersarbeit eingebunden bzw. an welchen Stellen zusätzliche Angebote „angedockt“ werden können.
 - Ggf. informelle Pflege mit professionellen Strukturen hinterlegen (aufsuchende Beratung, Lotsen, Kümmerer)
 - Qualifizierung von Ehrenamtlichen
- Ausbau von alternativen Wohnungen / Wohnungsangebote
- Koordination, Beratung und Betreuung des einzelnen Pflegefalls aus einer Hand - Aufbau (digitales) Fallmanagement (unter Berücksichtigung des Leistungsvermögens der pflegenden Angehörigen)
- Digitalisierung der Dokumentation – Datenaustausch zwischen Krankenhäusern/Heimen/ambulanten Diensten ermöglichen



Dormagener Projekt „Gemeinsam gegen Karies“



Interdisziplinäres Präventionsprogramm zur Vermeidung von Nuckelflaschenkaries





Frühkindliche Karies (ECC: early childhood caries)



Gesundes Milchgebiss



ECC Typ I



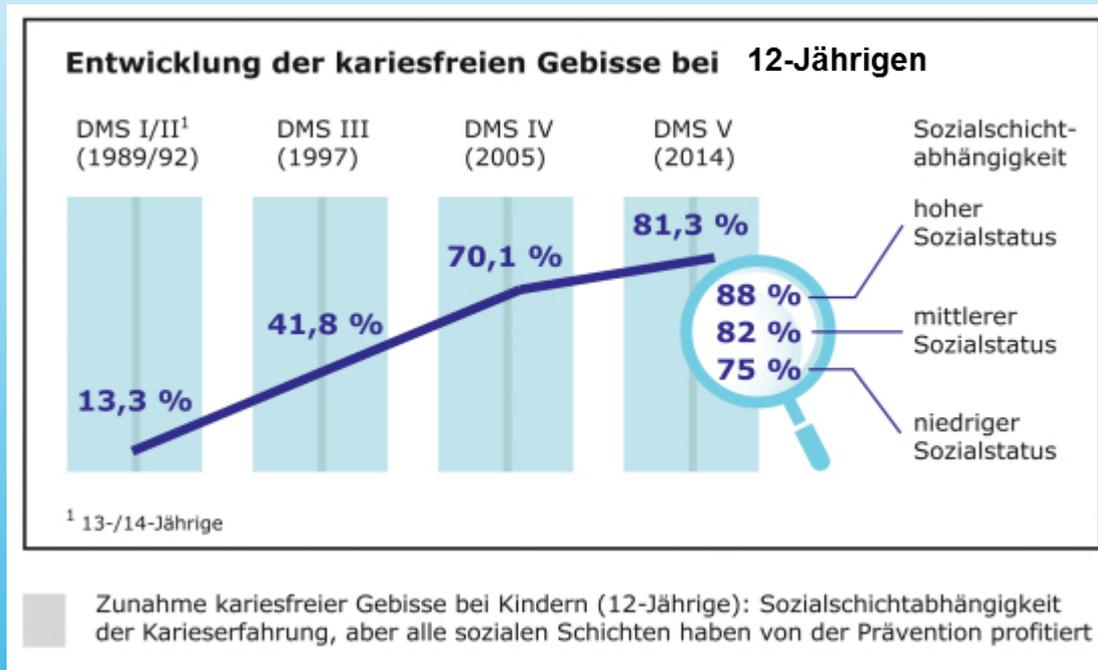
ECC Typ II (Nuckelflaschenkaries)



ECC Typ III



- 81 Prozent der Kinder sind kariesfrei.
- Die durchschnittliche Karieserfahrung (DMFT) beträgt 0,5 Zähne.



Quelle: A. Rainer Jordan, Wolfgang Micheelis (Gesamtbearbeitung), Fünfte Deutsche Mundgesundheitsstudie (DMS V)
Herausgeber: Institut der Deutschen Zahnärzte (IDZ), Deutscher Zahnärzte Verlag DÄV, Köln, 2016. ISBN 978-3-7691-0020-4



„Kariespolarisation“ der Frühkindliche Karies



- 10 – 15% der Kleinkinder in Deutschland leiden an Frühkindlicher Karies

(zm 105, Nr. 4A, 16.2.2015, (320))

- in sozialen Brennpunkten ist die Prävalenz $\geq 35\%$

(Prof. Splith et.al.; Prävention und Gesundheitsförderung 4, 119-124 (2009))

!!! 30% der Kinder haben 70% der Karies!!!

Ungleichverteilung der Karieslast zu Ungunsten der Kinder mit niedrigem sozioökonomischem Status



Einleitung



Zahngesundheit bei 5-9-Jährigen Schülern im Rhein-Kreis-Neuss

Ergebnisse der Reihenuntersuchung 2007/2008

Rhein-Kreis Neuss

Gemeinde

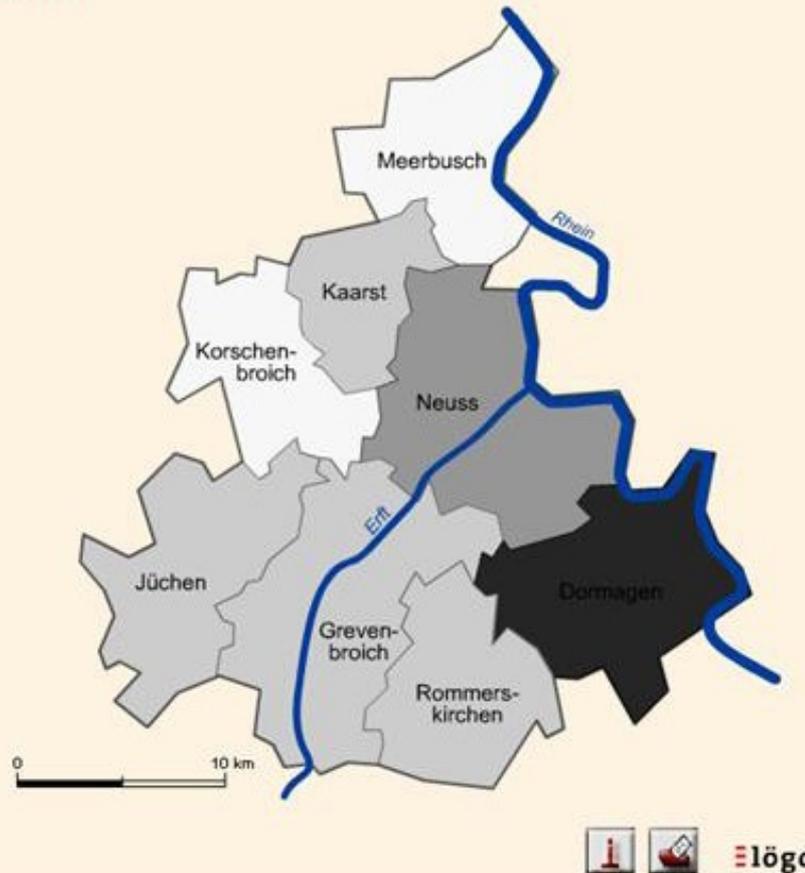
Bitte mit Maus auswählen!

Wert

Beschriftung der Gebiete anzeigen

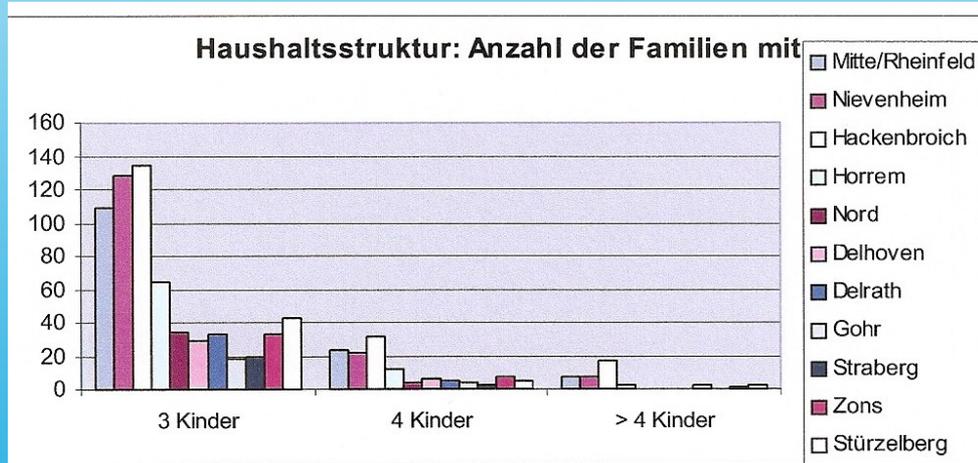
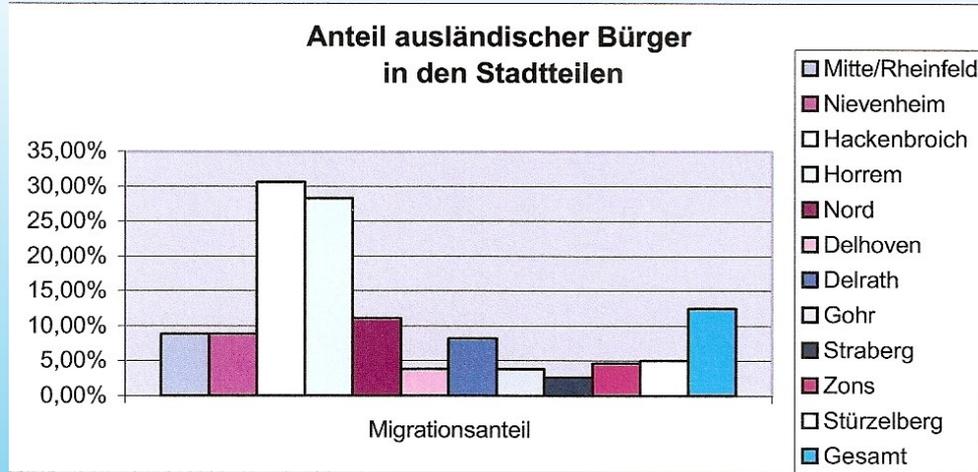
Behandlungsbedürftige Schüler in %

| | |
|--|-------------|
| | 20.0 - 24.9 |
| | 25.0 - 29.9 |
| | 30.0 - 34.9 |
| | 35.0 - 39.9 |
| | 40.0 - 40.5 |





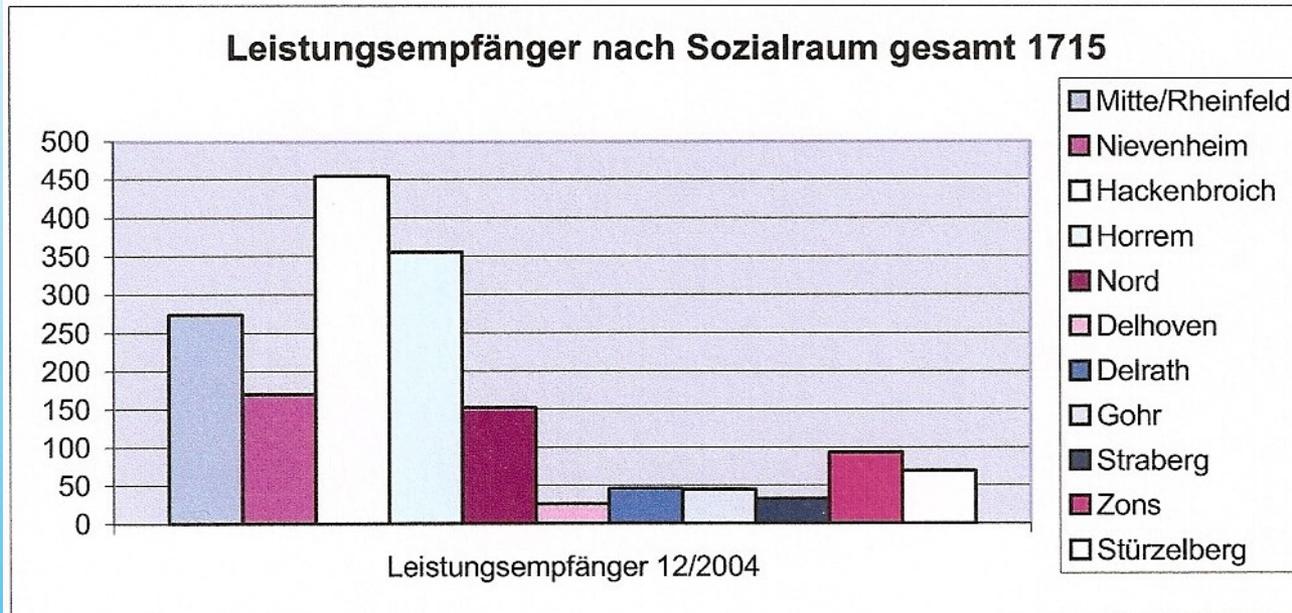
Soziale Struktur Dormagen- Stadtteilbezogen



Sandvoss U, Braß M: Programm zur Prävention und Minderung von Kindarmut. Stadt Dormagen, 2006;
https://www.dormagen.de/fileadmin/civserv/dormagen.de/leben_gesellschaft/NeFF-Projekt/Dokumentation_Fachtagung_Kinderarmut_5.04.06.pdf



Soziale Lage - Stadtteilbezogen

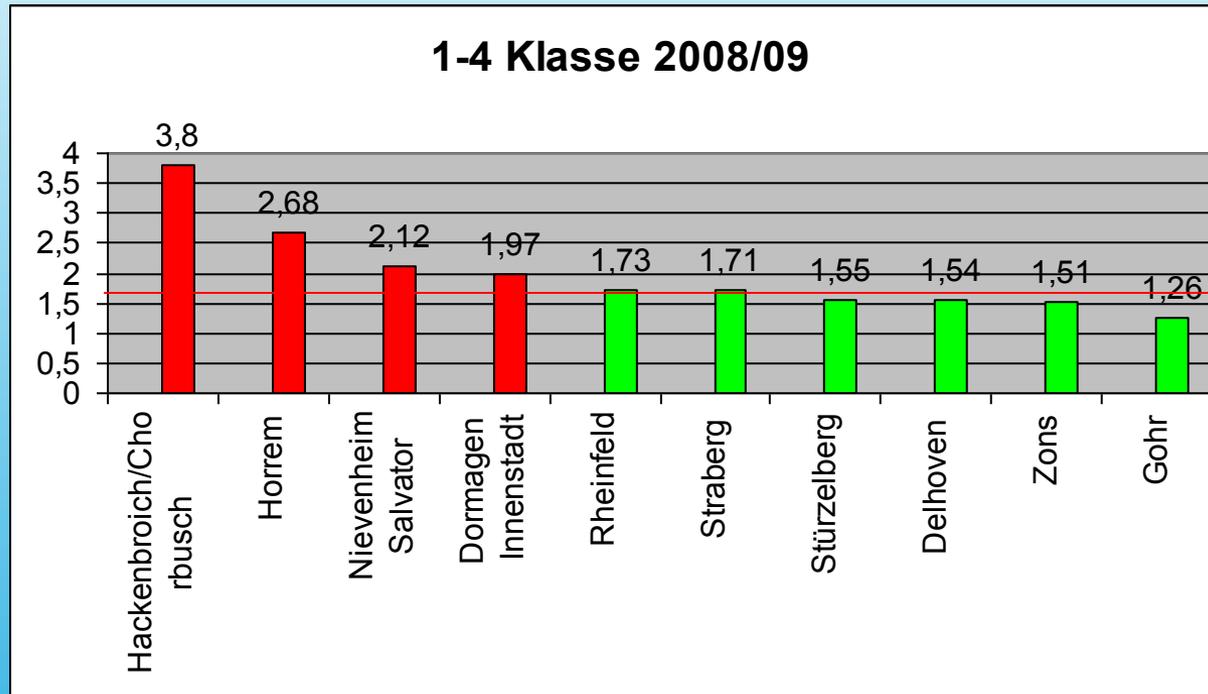


Hackenbroich
Horrem
Nievenheim
Mitte/Rheinfeld



„SOZIALE SCHIEFLAGE DES KARIESBEFALLS“

100%ige Korrelation
sozial benachteiligte Kinder / dmf-t Karieswerte



dmf-t 6-7j.
Rhein-Kreis Neuss:
1,8

dmf-t Wert:
Summe aus
d: kariösen (decayed)
m: fehlenden (missing)
f: gefüllten (filled)
Milchzähnen (t)



Sozialgesetzbuch

Bücher I – XII
Allg. Teil · Grundsicherung
Arbeitsförderung
Gem. Vorschriften
Kranken-, Renten-, UnfallVers.
Kinder-/Jugendhilfe · Rehabilitation
Verwaltungsverfahren
PflegeVers. · Sozialhilfe

33. Auflage
2006

Beck-Texte im dtv

SGB V

§ 21 Verhütung von Zahnerkrankungen (Gruppenprophylaxe)

(1) Die Krankenkassen haben im Zusammenwirken mit den Zahnärzten und den für die Zahngesundheitspflege in den Ländern zuständigen Stellen ... Maßnahmen zur Erkennung und Verhütung von Zahnerkrankungen ihrer Versicherten, die das **zwölfte Lebensjahr** noch nicht vollendet haben zu fördern ...

In Schulen und Behinderteneinrichtungen, in denen das durchschnittliche **Kariesrisiko der Schüler überproportional hoch** ist, werden die Maßnahmen bis zum **16. Lebensjahr** durchgeführt. ...

Für Kinder mit besonders hohem Kariesrisiko sind spezifische Programme zu entwickeln.



Projektentwicklung „Gemeinsam gegen Karies“ Problematik und Lösungsansätze



1. Erste zahnärztliche Reihenuntersuchung erst ab dem 3. LJ im Kindergarten



Oft ist die Nuckelflächekaries dann so weit fortgeschritten, dass eine konservative Behandlung mit Füllungen oder Kronen nicht mehr möglich ist und umfangreiche Extraktionen unter ITN erfolgen müssen

➤ *Frühere zahnärztliche Untersuchung ab dem 6. Lebensmonat (UZ1) notwendig*

2. Wie erreicht man die sozial schwachen Familien?

Präventionsprogramme mit einer reinen „Komm-Struktur“ sind ungeeignet

(Splieth CH, Steffen H, Welk A, Schwahn C: Responder and nonresponder analysis for a caries prevention program. Caries Res 2005; 39:269-272)

➤ *Aufklärung durch akzeptierte Partner, die regelmäßig von Familien mit niedrigem sozioökonomischen Status aufgesucht werden*

„interdisziplinäre Zusammenarbeit unterschiedlicher Berufsgruppen“



Interdisziplinäre Zusammenarbeit



| | |
|----------------------------|---|
| Beginn der Schwangerschaft | Gynäkologe/Zahnarzt/Gesundheitsamt |
| Ende der Schwangerschaft | Gynäkologe/Zahnarzt/Gesundheitsamt |
| Geburt | Hebamme |
| 0-3. Lebensmonat | Sozialdienst , Stadt Dormagen („Willkommen im Leben“) |
| 6. Lebensmonat | Kinderarzt/Zahnarzt/Gesundheitsamt (U5 / UZ1) |
| 1. Lebensjahr | Kinderarzt/Zahnarzt/Gesundheitsamt (U6) |
| 2. Lebensjahr | Kinderarzt/Zahnarzt/Gesundheitsamt (U7 / ZU 2) |
| Ab 3. Lebensjahr | Reihenuntersuchung und Gruppenprophylaxe Gesundheitsamt |

Es werden nahezu 100% der Eltern erreicht



Flyer

(auch in türkischer Sprache)



„Gemeinsam gegen Karies“ Tipps für die Schwangerschaft

„Gemeinsam gegen Karies“ Ab jetzt putz mit, dann bleibend die Zähne fit

Ihre Zahnarzttermine während der Schwangerschaft

Beginn der Schwangerschaft

- Lassen Sie Ihre Zähne untersuchen und, wenn nötig behandeln. Karies kann sonst auf Ihr Kind übertragen werden.
- Durch die Hormonumstellung ist Ihr Zahnfleisch sehr empfindlich. Reiben Sie daher Ihre Zähne 2-3 x täglich.
- Durch erbrochene Magensäure werden Ihre Zähne angegriffen. Bitte spülen Sie den Mund nach dem Erbrechen mit Wasser aus und warten Sie mit dem Putzen eine halbe Stunde.

Datum Stempel/Zahnarzt

Ende der Schwangerschaft

- Kariesbakterien können auf Ihre Kinder übertragen werden. Lecken Sie daher Schnuller und Breilöffel Ihres Kindes nicht ab.
- Verwenden Sie Glasnuckelflaschen und überlassen Sie Ihrem Kind die Flasche nicht zum Dauernuckeln.
- Süße Getränke wie Saft, Schorle, gesüßter Tee etc. gehören nicht in die Nuckelflasche. Bitte nur Wasser oder ungesüßten Tee verwenden.

Datum Stempel/Zahnarzt

Aktion „Gemeinsam gegen Karies“
Mit freundlicher Unterstützung von:

- Arbeitskreis Zahngesundheit Rhein-Kreis Neuss
- Arbeitsgemeinschaft der gesetzlichen Krankenkassen im Rhein-Kreis Neuss
- Zahnärztekammer Nordrhein
- Kassenzahnärztliche Vereinigung Nordrhein

miradent
Arbeitsgemeinschaft der gesetzlichen Krankenkassen im Rhein-Kreis Neuss

Stadt Dormagen
willkommen Netzwerk für Familien

Kreis Krankenhaus Dormagen

Caritas/Esperanza

Wir sind dabei – die...

- Hebammen
- Kinderärzte
- Gynäkologen
- Zahnärzte aus Dormagen

Impressum
Rhein-Kreis Neuss, Der Landrat
Kreisgesundheitsamt
Zahnärztlicher Dienst
Oberstr. 91
41460 Neuss
www.rhein-kreis-neuss.de
Flyer 36/2010 Fotos: Thinkstock

rhein kreis neuss

Aktion „Gemeinsam gegen Karies“
Tipps für die Schwangerschaft

Gemeinsam gegen Karies

Was wünschen Sie sich für Ihr Kind?

Wahrscheinlich gesunde Zähne und ein schönes Lächeln für die besten Eltern der Welt.

So gesund kann es sein...

Das kann vermieden werden:
Nuckelflaschenkaries

Wir sind für Sie da!

Gesundheitsamt Rhein-Kreis Neuss
Zahnärztlicher Dienst
Elsa-Brändström-Str. 19
41540 Dormagen

Birgit Bartsch
Tel.: 02181 601-5411
Fax: 02181 601-8-5410
birgit.bartsch@rhein-kreis-neuss.de

Dr. Ansgar Pöggeler
Tel.: 02131 928-3330

Claudia Schütz
Tel.: 02131 928-5371

Dr. Sonja Andabaka
Tel.: 02181 601-5313

Impressum
Rhein-Kreis Neuss, Der Landrat
Kreisgesundheitsamt
Zahnärztlicher Dienst
Oberstr. 91
41460 Neuss
www.rhein-kreis-neuss.de
Flyer 37/2010 Fotos: Thinkstock

miradent
Arbeitsgemeinschaft der gesetzlichen Krankenkassen im Rhein-Kreis Neuss

Stadt Dormagen
willkommen Netzwerk für Familien

Kreis Krankenhaus Dormagen

Caritas/Esperanza

Wir sind dabei – die...

- Hebammen
- Kinderärzte
- Gynäkologen
- Zahnärzte aus Dormagen

Impressum
Rhein-Kreis Neuss, Der Landrat
Kreisgesundheitsamt
Zahnärztlicher Dienst
Oberstr. 91
41460 Neuss
www.rhein-kreis-neuss.de
Flyer 37/2010 Fotos: Thinkstock

rhein kreis neuss

Aktion „Gemeinsam gegen Karies“
Mit freundlicher Unterstützung von:

- Arbeitskreis Zahngesundheit Rhein-Kreis Neuss
- Arbeitsgemeinschaft der gesetzlichen Krankenkassen im Rhein-Kreis Neuss
- Zahnärztekammer Nordrhein
- Kassenzahnärztliche Vereinigung Nordrhein

miradent
Arbeitsgemeinschaft der gesetzlichen Krankenkassen im Rhein-Kreis Neuss

Stadt Dormagen
willkommen Netzwerk für Familien

Kreis Krankenhaus Dormagen

Caritas/Esperanza

Wir sind dabei – die...

- Hebammen
- Kinderärzte
- Gynäkologen
- Zahnärzte aus Dormagen

Impressum
Rhein-Kreis Neuss, Der Landrat
Kreisgesundheitsamt
Zahnärztlicher Dienst
Oberstr. 91
41460 Neuss
www.rhein-kreis-neuss.de
Flyer 37/2010 Fotos: Thinkstock

Aktion „Gemeinsam gegen Karies“
Ab jetzt putz mit, dann bleiben die Zähne fit

Gemeinsam gegen Karies



„Gemeinsam gegen Karies“

Ab jetzt putz mit, dann bleibend die Zähne fit

Erster Zahn – der sechste Monat

Liebe Eltern, es ist soweit, Ihr Kind hat jetzt den ersten Zahn. Von jetzt an heißt es: **putzen**.

Sicher wünschen Sie sich für Ihr Kind gesunde Zähne. Mit ein paar kleinen Tipps möchten wir Ihnen helfen, dies zu erreichen. Sie werden sehen, es ist nicht schwer.



Tipp:

- ✓ Bereits der erste Milchzahn sollte mit einer Kinderzahnpaste geputzt werden.
- ✓ Bis zum zweiten Geburtstag **putzen** Sie die Zähne Ihres Kindes 1x täglich abends vor dem Schlafengehen.
- ✓ Stellen Sie Ihr Kind ab dem 6. Lebensmonat einem Zahnarzt / einer Zahnärztin vor (UZ1).
- ✓ Nach dem abendlichen Zähne putzen sollte Ihr Kind nichts mehr essen und falls erforderlich nur noch Wasser trinken.

Trinken wichtig! ...aber richtig!

Ebenso wichtig wie die Zahnpflege ist für das künftige Gebiss Ihres Kindes das richtige Trinkverhalten.



Tipp:

- ✓ Verwenden Sie Glasflaschen und überlassen Sie diese Ihrem Kind **nicht zum Dauernuckeln** (mit dem Trinken wird der Durst gelöscht!).



- ✓ Die Nuckelflasche gehört **nicht zur Selbstbedienung** in den Kinderwagen oder nachts ans Kinderbettchen!

- ✓ **Vermeiden Sie süße Getränke** (z.B. Apfelsaft, Orangensaft, Schorlen, Multivitaminensaft, Kakao usw.). Ihr Kind kennt beim ersten Fläschchen keinen Saft und keine Schorlen und wird diese deshalb auch nicht vermissen!
- ✓ Geben Sie Ihrem Kind **Wasser oder ungesüßte Kräutertees**. Diese verursachen keine Karies!
- ✓ **Der erste Geburtstag:** Helfen Sie Ihrem Kind spätestens ab jetzt, zu lernen, **aus einem Becher zu trinken**.

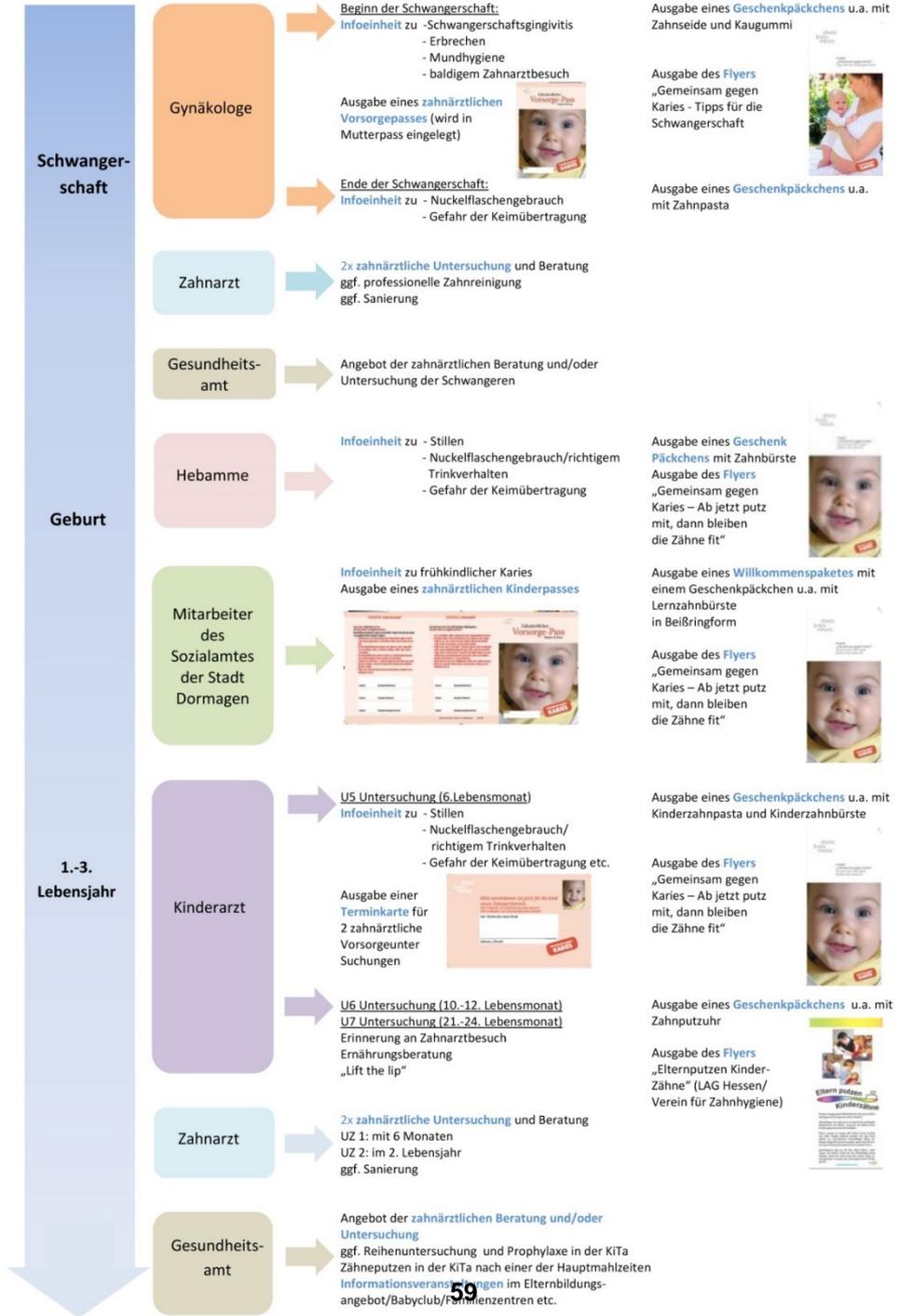


- ✓ **Der zweite Geburtstag:** Fast alle Milchzähne sind durchgebrochen, ab jetzt **putzen Sie 2x täglich** die Zähne.



Informations- und Geschenkepäckchen





Ausgabe eines **Geschenkspäckchens** u.a. mit Zahnliese und Kaugummi

Ausgabe des **Flyers** „Gemeinsam gegen Karies - Tipps für die Schwangerschaft“ 

Ausgabe eines **Geschenkspäckchens** u.a. mit Zahnpasta 

Ausgabe eines **Geschenkspäckchens** mit Zahnbürste

Ausgabe des **Flyers** „Gemeinsam gegen Karies – Ab jetzt putz mit, dann bleiben die Zähne fit“ 

Ausgabe eines **Willkommenspaketes** mit einem Geschenkspäckchen u.a. mit Lernzahnbürste in Beißringform 

Ausgabe des **Flyers** „Gemeinsam gegen Karies – Ab jetzt putz mit, dann bleiben die Zähne fit“ 

Ausgabe eines **Geschenkspäckchens** u.a. mit Kinderzahnpasta und Kinderzahnbürste 

Ausgabe des **Flyers** „Gemeinsam gegen Karies – Ab jetzt putz mit, dann bleiben die Zähne fit“ 

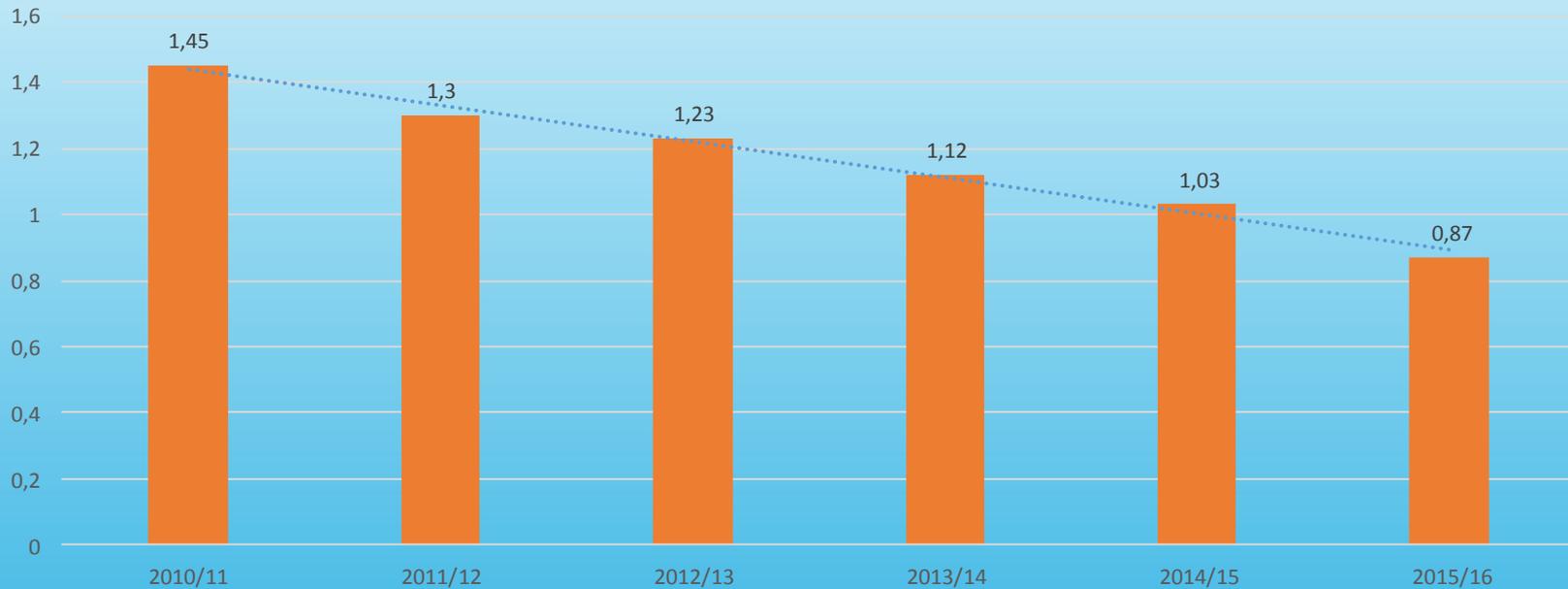
Ausgabe eines **Geschenkspäckchens** u.a. mit Zahnputzühr 

Ausgabe des **Flyers** „Elternputzen Kinder-Zähne“ (LAG Hessen/ Verein für Zahnhygiene)



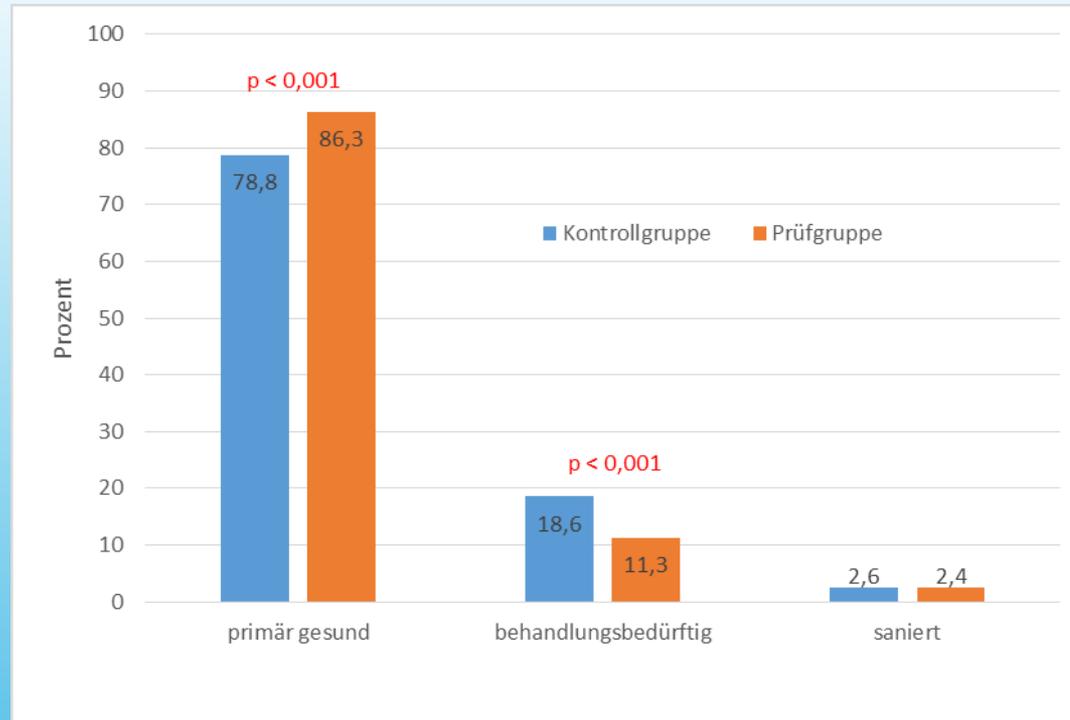
Evaluation

dmft-Werte 0-6 Jährige Kindergärten Dormagen





Kariesprävalenz



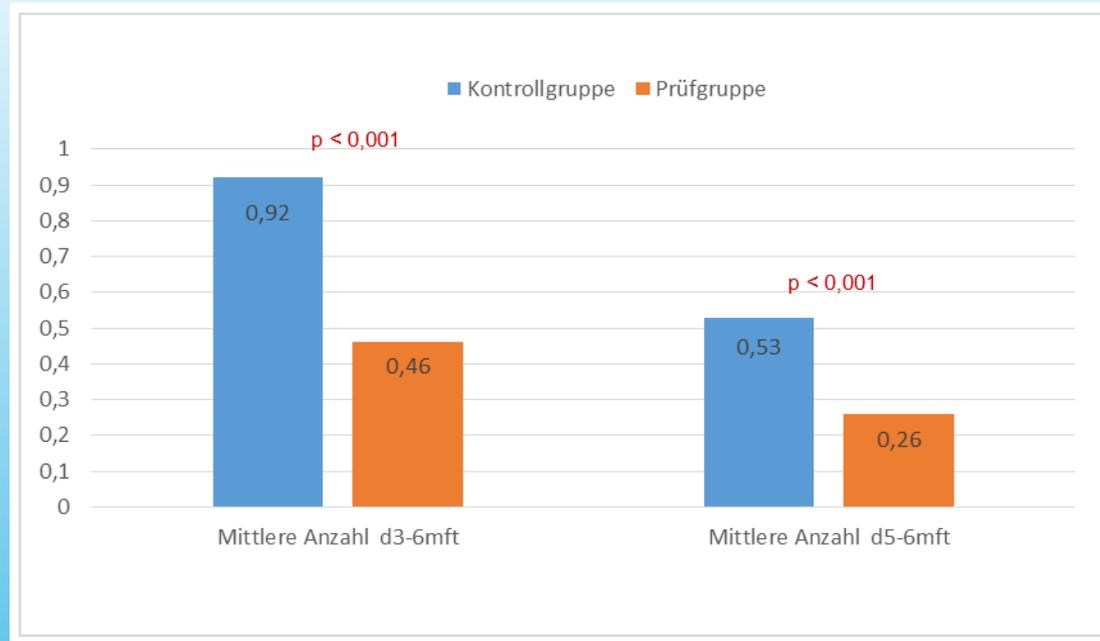
Die Kariesprävalenz sank signifikant von 21,2 % auf 13,7 %

Kontrollgruppe: n=661, 3-4-Jährige, ohne Prophylaxeimpluse, Untersuchung: 01/2012-07/2012

Prüfgruppe: n=706, 3-4-Jährige, Programm „Gemeinsam gegen Karies“, Untersuchung: 10/2015-03/2016



Karieserfahrung



Die Karieserfahrung hat sich halbiert

Kontrollgruppe: n=661, 3-4-Jährige, ohne Prophylaxeimpluse, Untersuchung: 01/2012-07/2012

Prüfgruppe: n=706, 3-4-Jährige, Programm „Gemeinsam gegen Karies“, Untersuchung: 10/2015-03/2016



Vergleich mit Nachbarkommunen



| | | Mittlerer dmf-t Wert im Schuljahr 2011 / 2012 | Mittlerer dmf-t Wert im Schuljahr 2015 / 2016 | Reduktion der dmf-t Werte | |
|----------|-----------|---|---|---------------------------|-----------------|
| | | | | absolut | Angabe in % |
| Kreis A | 3-Jährige | 0,31 | 0,31 | 0 | 0% |
| | 4-Jährige | 0,59 | 0,43 | - 0,16 | - 27,1 % |
| Kreis B | 3-Jährige | 0,37 | 0,33 | - 0,04 | - 1,1 % |
| | 4-Jährige | 0,86 | 0,74 | - 0,12 | - 14,0 % |
| Stadt A | 3-Jährige | 0,56 | 0,51 | - 0,05 | - 8,9 % |
| | 4-Jährige | 1,16 | 1,12 | - 0,04 | - 3,4 % |
| Dormagen | 3-Jährige | 0,79 (Kontrollgruppe) | 0,45 (Prüfgruppe) | - 0,34 | - 43,6 % |
| | 4-Jährige | 1,05 (Kontrollgruppe) | 0,47 (Prüfgruppe) | - 0,58 | - 55,2% |



Ergebnisse der elterlichen Befragung



- Kinder der Prüfgruppe trinken weniger **Tee mit Zucker** und **Fruchtschorlen**
- Bei der Prüfgruppe bekam **kein Kind Fruchtsäfte aus der Nuckelflasche** in der Nacht. In der Kontrollgruppe waren es 2,3% ($p = 0,001$)
- 24,6% der Prüfgruppenkinder bekamen **Wasser in der Nacht** vs. Kontrollkinder mit 13,7% ($p = 0,001$)
- 94,6 % der befragten Eltern der Prüfgruppe begannen das **Zähne putzen ab dem 1. LJ**. In der Kontrollgruppe waren es nur 84,3% ($p < 0,001$)
- 80% der Kinder der Prüfgruppe **putzen die Zähne vor dem Schlafen gehen**. In der Kontrollgruppe waren es nur 43,7%.
- In der Prüfgruppe suchten 48,6% und in der Kontrollgruppe nur 31,6% den **Zahnarzt im 1. LJ** des Kindes auf

Kontrollgruppe: 661 ausgegebene Fragebögen, Rücklauf 263

Prüfgruppe: 706 ausgegebene Fragebögen, Rücklauf 280

Rücklaufquote ca. 40%)



Wirtschaftsökonomische Aspekte



Dank der Sachspenden (Zahnpasta, Zahnbürsten, Zahnputzuhren, Zahnseide, Zahnpflegekaugummis) der Sponsoren



und ehrenamtlicher Mitwirkung der Partner (Gynäkologen, Hebammen, Sozialdienst, Kinderärzte)

betragen die Kosten pro Geschenkpackchen (Verpackung, Flyerdruck, zugekaufter Medien) 0,09 Euro

Gesamtkosten pro Kind bis zum 3. Lebensjahr (7 Päckchen) 0,63 Euro

Ohne Unterstützung der Sponsoren lägen die Kosten bei ca. 5,50 Euro

Bei ca. 400 Geburten pro Jahr liegen die Gesamtkosten für den RKN bei ca. 252,-- Euro





Kostenaufstellung der Behandlung eines Milchmolaren



| Geb.-Nr. | Leistungsbeschreibung | Bew.-Zahl |
|---|--|------------|
| Beispiel zweiflächige Füllung bei Approximalkaries | | |
| Ä925 a (Rö2) | Röntgen bis zwei Aufnahmen | 12 |
| 8 (Vipr) | Sensibilitätsprüfung | 6 |
| 40 (I) | Infiltrationsanästhesie | 8 |
| 12 (bMF) | Besondere Maßnahmen beim Präparieren oder Füllen, je Sitzung , Je Kieferhälfte oder Frontzahnbereich | 10 |
| 25 (cp) | Indirekte Überkappung zur Erhaltung der Pulpa | 6 |
| 13b (F2) | Zweiflächige Füllung | 39 |
| | Gesamt | 81 |
| Beispiel Pulpotomie, konfektionierte Krone | | |
| Ä925 a (Rö2) | Röntgen bis zwei Aufnahmen | 12 |
| 8 (Vipr) | Sensibilitätsprüfung | 6 |
| 40 (I) | Infiltrationsanästhesie | 8 |
| 12 (bMF) | Besondere Maßnahmen beim Präparieren oder Füllen, je Sitzung , Je Kieferhälfte oder Frontzahnbereich | 10 |
| 27 (Pulp) | Pulpotomie | 29 |
| 13 b | 2-flächige Aufbaufüllung | 39 |
| 14 | Konfektionierte Krone | 50 |
| | Gesamt | 154 |
| Narkosebehandlung | | |
| Kosten ca. 600,-- bis 1800,-- Euro | | |

Projektkosten

| | |
|---|-----------|
| Gesamtkosten pro Kind bis zum 3. Lebensjahr (7 Päckchen) | 0,63 Euro |
| Ohne Unterstützung der Sponsoren lägen die Kosten bei ca. | 5,50 Euro |



Fazit



Das vorgestellte interdisziplinäre Präventionsprojekt

„Gemeinsam gegen Karies“

konnte die Karieserfahrung der 3-4-Jährigen in Dormagen halbieren und ist so ein sehr effektives und einfach umzusetzendes Programm.

Durch die Kooperation mehrerer Akteure im Gesundheitswesen werden Ressourcen gebündelt und die Umsetzung des Projektes so effizient und kostengünstig realisiert.

Die Betrachtung weiterer wirtschaftsökonomischer Auswertungen wäre daher von großem Interesse.

Das Projekt liefert ein zukunftsweisendes Modell für andere Regionen im Rhein-Kreis Neuss und in Deutschland.





Wrigley Prophylaxe Preis Berlin 2017





Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit



Bildungskoordination für (neu) Zugewanderte im Rhein-Kreis Neuss



Ein Förderprogramm des
Bundesministeriums für Bildung und
Forschung (BMBF) zur kommunalen
Koordinierung der Bildungsangebote für
Neuzugewanderte

Projektlaufzeit im Rhein-Kreis Neuss
01. April 2017 - 31. März 2019

Bildungskoordination für (neu) Zugewanderte im Rhein-Kreis Neuss

1. Ziele

- Zugang zu Bildungsangeboten entlang der Lebensphasen sicherstellen
- Übergänge in der Bildungskette gewährleisten

2. Aufgaben

- Identifikation und Einbindung von Schlüsselakteuren
- Transparenz über Bildungsakteure und deren Bildungsangebote vor Ort und im Rhein-Kreis Neuss herstellen
- Daten zusammenführen und öffentlich zugänglich machen
- Bildungsbedarfe aufzeigen, Handlungsfelder und Lücken identifizieren
- Bildungsakteure und Bildungsangebote im RKN miteinander abstimmen und vernetzen

Bildungskoordination für (neu) Zugewanderte im Rhein-Kreis Neuss

Umsetzung des Auftrages

Schritt 1: Bildungsakteure identifizieren, informieren und gewinnen

1. Fachgespräche

- mit Fachämtern des Rhein-Kreises Neuss
- mit Städten und Gemeinden des Rhein-Kreises Neuss

2. Vernetzung

a. in Veranstaltungen, z.B.

- „Arbeiten in Deutschland“ der Allianz Wiedereinstieg
- „Integration durch Sport“ des Sportbundes Rhein-Kreises Neuss
- Beiratssitzung des Schulamtes des Rhein-Kreises Neuss

Bildungskoordination für (neu) Zugewanderte im Rhein-Kreis Neuss



Umsetzung des Auftrages

b. Arbeitskreise/Gremien

- „Angekommen in Deutschland“
- KompassD
- „Arbeitskreis Integration“ des Rhein-Kreises Neuss
- Netzwerktreffen BAMF und Integrationskursträger des Rhein-Kreises Neuss
- Allianz Wiedereinstieg (Integration)

3. Transparenz schaffen

- Entwicklung eines Prozesshandbuches
 - ➔ **Fokus** auf 16-25 jährige Neuzugewanderte im Übergang Schule-Beruf
- Angebotslandschaft erfassen und abbilden

Bildungskoordination für (neu) Zugewanderte im Rhein-Kreis Neuss



Aktueller Stand

- Abfrage Bildungsangebote
860 Adressaten im Rhein-Kreis Neuss (u.a. Fachämter Rhein-Kreis Neuss, Städte und Gemeinden (Fachämter), Kammern/Innungen, Wohlfahrtsverbände, Bildungsträger, Kirchliche/religiöse Einrichtungen, Migrantenselbstorganisationen, (Sport)Vereine, Ehrenamt, Beratungsstellen, Jugendeinrichtungen und –verbände
- Planung und Aufbau
Datenbank/Informationsportal zur Abbildung von Bildungs- und Beratungsangeboten
- Ermittlung Bedarf zusätzlicher Sprachförderung über BuT

Bildungskoordination für (neu) Zugewanderte im Rhein-Kreis Neuss

Erste Ergebnisse

- Identifizierung der Trägerstrukturen und Akteure im Rhein-Kreis Neuss
- Auswertung Fachgespräche / Feststellung der Bildungsbedarfe im Rhein-Kreis Neuss
- Erfassung und Auswertung Bildungsangebote im Rhein-Kreis Neuss
- Auswertung zusätzlicher Lernförderbedarf Sprache an den BBZ über BuT
- Transparenz Übergang Schule-Beruf (Prozesshandbuch)

 **Ausblick:** Strukturen und Prozesse aufbauen;
Strategien entwickeln

Bildungskoordination für (neu) Zugewanderte im Rhein-Kreis Neuss

 Kommunales
Integrationszentrum
Rhein-Kreis Neuss

*Vielen Dank
für Ihre
Aufmerksamkeit!*



Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. 50/2420/XVI/2017

| Gremium | Sitzungstermin | Behandlung |
|----------------------------------|----------------|------------|
| Sozial- und Gesundheitsausschuss | 07.12.2017 | öffentlich |

Tagesordnungspunkt:

Soziale Beratung für Flüchtlinge - Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.11.2017

Sachverhalt:

Mit Anfrage vom 24.11.2017 bittet die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen um Auskunft zu den voraussichtlichen Auswirkungen auf die Umsetzung des Förderprogramms „Soziale Beratung von Flüchtlingen“ im Rhein-Kreis Neuss durch die von der Landesregierung NRW beabsichtigte Anpassung der Haushaltsmittel für das Jahr 2018.

Eine Anfrage der Verwaltung beim Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände im Rhein-Kreis Neuss hat ergeben, dass zum Haushaltsentwurf der Landesregierung keine Stellungnahme abgegeben werden könne. Laut Information der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege NRW habe die Bezirksregierung mitgeteilt, dass die Soziale Beratung für Flüchtlinge in Art und Umfang im Jahr 2018 so gut wie unverändert fortgesetzt werde.

Die förderungswürdigen 12,5 Stellen bei den Wohlfahrtsverbänden seien vollständig besetzt bzw. befänden sich derzeit im Besetzungsverfahren. Überstunden würden bei allen Verbänden anfallen. Die Auslastung der verschiedenen Stellen sei anhaltend hoch, so dass man mit den sehr umfangreichen Beratungen zum Teil nicht nachkomme.

Zwischenzeitlich habe teilweise eine Unterbesetzung bestanden, die dem Personalfindungs- und Besetzungsprozess geschuldet gewesen sei. Das bedeute nicht, dass die Auslastung zu gering war, sondern nur, dass bei einem Personalwechsel Stellen nicht unmittelbar besetzt werden konnten. Bei qualifiziertem Personal herrsche nach wie vor ein großer Mangel.

Wie dem als **Anlage** beigefügten Bericht des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (MKFFI) des Landes NRW vom 17.11.2017 zum Thema „Drastische Kürzungen im Förderprogramm Soziale Beratung von Flüchtlingen“ zu entnehmen ist, solle der angemeldete Mittelbedarf der Haushaltsmittel lediglich dem tatsächlichen Abruf in der Vergangenheit angepasst werden.

In den Jahren 2015 und 2016 hätten die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel bei weitem nicht verausgabt werden können. Für das Jahr 2017 würden voraussichtlich nicht mehr als 25 Mio. EUR Fördermittel (Haushaltsansatz 2017 rund 42,1 Mio. EUR) abfließen.

Der Haushaltsplanentwurf 2018 sieht eine Fördersumme von 25 Mio. EUR vor und entspricht den für das Jahr 2017 prognostizierten tatsächlichen Ausgaben. Für das Jahr 2018 hat das Landesministerium im o.g. Bericht zugesichert, dass die „Soziale Beratung für Flüchtlinge“ ohne Substanzverlust fortgesetzt werden könne.

Zur Aktualisierung der Bedarfsplanung für das Jahr 2018 führe die Landesregierung derzeit eine Bestandsaufnahme mit den Trägern der Beratungsstellen - Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege NRW und Kooperationspartner der Flüchtlingsberatung NRW - durch.

In dem Zusammenhang ergänzend folgende Information:

Das MKFFI und das Ministerium für Finanzen des Landes NRW haben in Abstimmung mit dem Ministerium für Schule und Bildung (MSB) des Landes NRW mit Schreiben vom 20.10.2017 mitgeteilt, dass die grundständige Finanzierung der Kommunalen Integrationszentren (KI) aus Landesmitteln für diese Legislaturperiode bis 2022 gesichert ist. Mit diesem deutlich längeren Förderzeitraum kommt das Land dem Wunsch der Kommunen entgegen, eine langfristige Perspektive und den Beschäftigten in den KI Planungssicherheit zu schaffen. Damit würdigt das Land die bisherige Arbeit der Kommunalen Integrationszentren. Derzeit erfolgt die Anpassung der entsprechenden Richtlinie.

Darüber hinaus wird laut mündlicher Auskunft von Frau Staatssekretärin Serap Güler anlässlich der Leiterkristagung der Kommunalen Integrationszentren am 09.11.2017 das Landesförderprogramm KOMM-AN NRW in 2018 zunächst weitergeführt. Dies bedeutet die Weiterförderung von 1,5 KOMM-AN-Personalstellen und die Möglichkeit der Weiterleitung entsprechender Fördermittel zur Unterstützung der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe an Drittempfänger wie Vereine, Flüchtlingsinitiativen und Institutionen zur Durchführung entsprechender Maßnahmen.

Anlagen:

171207 SozialAS Anfrage Soz.Beratung für Flüchtlinge

Stellen im Förderprogramm Soziale Beratung von Flüchtlingen_2017

Bericht zu Kürzungen im Förderprogramm Soziale Beratung für Flüchtlinge vom 17.11.2017

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN KTF, SCHULSTR. 1, 41460 NEUSS

An den Vorsitzenden des
Sozial- und Gesundheitsausschusses
im Rhein-Kreis Neuss
Herrn Dr. Hans-Ulrich Klose

Fax +49 2181 6012401

Fraktion im Rhein-Kreis Neuss

Erhard Demmer

Fraktionsvorsitzender



Schulstraße 1
41460 Neuss
Tel: +49 (2131) 1666-81
Fax: +49 (2131) 1666-83
fraktion@gruene-rkn.de

Neuss, 24. November 2017

Susanne Stephan-Gellrich / Renate Dorner-Müller

Anfrage zur sozialen Beratung für Flüchtlinge im Rhein-Kreis Neuss

Sehr geehrter Herr Dr. Klose,

in der Sitzung des Integrationsausschusses des Landtages NRW wurde über die finanziellen Kürzungen der Landesregierung im Förderprogramm "Sozialen Beratung von Flüchtlingen" diskutiert. Im Rhein-Kreis Neuss handelt es sich dabei um derzeit 12,5 Förderstellen.

Die regionale Beratung von Geflüchteten dient der Unterstützung bei behördlichen Verfahren und bei der Orientierung in unserem Gemeinwesen. Auch wenn der aktuelle Zuzug niedriger ist als in den vergangenen drei Jahren, muss gerade jetzt eine nachhaltige Integration der neu Zugewanderten sichergestellt werden. Daher ist die soziale Beratung weiterhin unverzichtbar.

Vor diesem Hintergrund fragen wir an,

1. welche Auswirkungen der Haushaltsentwurf des Landes auf die Betreuung von Flüchtlingen und die hier besetzten Stellen haben,
2. ob im Kreisgebiet alle förderungswürdigen Stellen besetzt wurden,
3. ob die Stellenbesetzungen in den einzelnen Bereichen auskömmlich waren oder ob Überstunden angefallen sind,
4. ob ggfls. in einzelnen Bereichen eine Unterbesetzung bestand und warum dann diese Mittel, die jetzt angeblich dem bisherigen Aufwand angepasst werden sollen, nicht abgerufen wurden.

Wir bitten Sie, die Antwort der Verwaltung zur Sitzung des **Sozial- und Gesundheitsausschusses** am **7. Dezember 2017** vorlegen zu lassen.

Vielen Dank und mit freundlichen Grüßen



Erhard Demmer
Fraktionsvorsitzender

gez. Susanne-Stephan-Gellrich
Kreistagsabgeordnete

Email an: Kreistagsbüro und Fraktionsgeschäftsstellen im Rhein-Kreis Neuss

Daten der Bezirksregierung Düsseldorf:

| Kreis/kreisfr. Stadt | Standort | Regionale Flüchtlingsberatung | Psychosoziale Beratung | Asylverfahrensberatung | Verfahrensberatung minderjähriger Flüchtlinge | Rückkehrberatung | Sonstiges | Geförderte Stellen 2017 |
|----------------------|-----------------------|-------------------------------|------------------------|------------------------|---|------------------|-----------|-------------------------|
| Düsseldorf | Düsseldorf | 5 | 5 | 0,25 | 1 | 2 | 2 | 15,25 |
| Duisburg | Duisburg | 5 | | 3,5 | 1 | 1 | | 10,5 |
| Essen | Essen | 5 | | 6 | 1 | 2,25 | 0,5 | 14,75 |
| Krefeld | Krefeld | 4 | | | | 1 | | 5 |
| Mönchengladbach | Mönchengladbach | 4 | 3,5 | 10,5 | 1 | 1 | | 20 |
| Mühlheim | Mühlheim | 4 | | | | 1 | | 5 |
| Oberhausen | Oberhausen | 4 | | | | 1 | | 5 |
| Remscheid | Remscheid | 4 | | | | 1 | | 5 |
| Solingen | Solingen | 4 | | | | 1 | | 5 |
| Wuppertal | Wuppertal | 4 | | 5 | 1 | 1 | | 11 |
| Kreis Kleve | Rees | | | 2,5 | | 1 | | 3,5 |
| | Geldern | 1,5 | | | | 0,5 | | 1,5 |
| | Kevelaer | | | | | 0,5 | | 0,5 |
| | Kalkar | 0,5 | | | | | | 0,5 |
| | Kleve | 1,5 | | | | | | 1,5 |
| | Veeze | | | 1,5 | | | | 1,5 |
| Kreis Mettmann | Emmerich | 0,5 | | | | | | 0,5 |
| | Velbert | 2 | | | | | | 2 |
| | Langenfeld | 1 | | | | | | 1 |
| | Vestkreis-Flatingen | 1 | | 2,5 | | 1 | | 4,5 |
| | Mettmann | 0,75 | | | | | | 0,75 |
| | Monheim | 0,25 | | | | | | 0,25 |
| Kreis Viersen | Viersen | 1 | | 2 | | | | 3 |
| | Niederkrüchten | | | 4,5 | | 1 | | 5,5 |
| | Kempen | 1 | | | | | | 1 |
| | Netetal | 1 | | | | | | 1 |
| | Willich | | | 2,5 | | | | 2,5 |
| Kreis Wesel | Brüggen | 1 | | | | | | 1 |
| | Wesel/Moers | 3 | 1,75 | | | | | 4,75 |
| | Kamp-Lintfort | 1 | | | | | | 1 |
| | Rheinberg | | | 2,5 | | | | 2,5 |
| | Hamminkeln | 0,5 | | | | 1 | | 1,5 |
| | Dinslaken | 0,5 | 1,75 | | | | | 2,25 |
| Rhein-Kreis Neuss | Meerbusch/Kaarst | 0,5 | | | | | | 0,5 |
| | Dormagen/Grevenbroich | 1,75 | | | | | | 1,75 |
| | Dormagen | 0,25 | | | | | | 0,25 |
| | Neuss | 1,5 | | 4,5 | | 3 | | 9 |
| | Juichen | 0,5 | | | | | | 0,5 |
| Korschenbroich | 0,5 | | | | | | 0,5 | |
| | | 66 | 12 | 47,75 | 5 | 19,75 | 2,5 | 153 |

| Bez. Regierung | Kreis/kreisfr. Stadt | Geförderte Stellen Kreis/kreisfreie Stadt* | Standort | Geförderte Stellen Kommune* | |
|------------------------------|----------------------|--|--|--------------------------------|-----|
| Arnsberg | Bochum | 11,5 | Bochum | 11,5 | |
| | Dortmund | 14 | Dortmund | 14 | |
| | Hagen | 10 | Hagen | 10 | |
| | Hamm | 9,5 | Hamm | 9,5 | |
| | Herne | 5 | Herne | 5 | |
| | Ennepe- Ruhr-Kreis | 5 | | Witten | 1,5 |
| | | | | Gevelsberg Mitte/Südkreis | 1,5 |
| | | | | Gevelsberg Sprockhövel | 0,5 |
| | | | | Hattingen | 1 |
| | Hochsauerlandkreis | 7,5 | | Schwelm | 0,5 |
| | | | | Brilon | 0,5 |
| | | | | Arnsberg | 0,5 |
| | | | | Sundern | 0,5 |
| | | | | Medebach | 0,5 |
| Kreis Olpe | 7 | | Meschede | 5 | |
| | | | Eslohe | 0,5 | |
| | | | Olpe | 4 | |
| | | | Olpe/Drolshagen/Wenden/ Lennestadt/Kirchhundem | 1 | |
| Kreis Siegen Wittgenstein | 17 | | Lennestadt | 0,5 | |
| | | | Attendorn | 0,5 | |
| | | | Kreuztal | 1 | |
| | | | Siegen | 6 | |
| | | | Bad Laasphe/Erndtebruck | 1 | |
| Kreis Soest | 15,5 | | Burbach | 2,5 | |
| | | | Bad Berleburg/Hilchenbach | 6,5 | |
| | | | Warstein | 1 | |
| | | | Geseke | 1 | |
| | | | Soest | 3,5 | |
| | | | Wickede | 2 | |
| | | | Möhnesee | 3,5 | |
| | | | Rüthen | 2,5 | |
| Unna | 15,5 | | Lippstadt | 1 | |
| | | | Standort N.N. | 1 | |
| | | | Unna | 12 | |
| | | | Schwerte | 0,5 | |
| | | | Lünen | 2 | |
| Märkischer Keis | 12 | | Werne | 0,5 | |
| | | | Bergkamen | 0,5 | |
| | | | Plettenberg | 0,5 | |
| | | | Iserlohn (auch Balve,Menden, Altena,Hemer,Nachrodt- Wieblingswerde) | 0,5 | |
| | | | Iserlohn | 1 | |
| | | | Lüdenscheid | 4,5 | |
| | | | Hemer | 3,5 | |
| | | | Iserlohn und Hemer | 0,5 | |
| | | | Altena | 0,5 | |
| | | | Werdohl Altena, Neuenrade/Nachrodt- Wihlinawerde | 0,5 | |
| Kierspe | 0,5 | | | | |
| Kreis Gütersloh | 5 | | Bielefeld | 19,4 | |
| | | | Versmold/Borgholzhausen | 1 | |
| | | | Gütersloh | 1,75 | |
| | | | Harsewinkel | 0,25 | |
| | | | Werther/Halle | 1 | |
| | | | Rheda-Wiedenbrück | 0,5 | |
| | | | Verl | 0,5 | |
| Kreis Herford | 7,5 | | Bünde/Herford | 1 | |
| | | | Löhne/Enger/Herford | 0,5 | |
| | | | Spenge | 0,5 | |
| | | | Hiddenhausen | 0,5 | |

| | | | | |
|-----------------|--------------|--------------------------------|--------------------------|------|
| Detmold | | | Kreis Herford ohne Bunde | 0,5 |
| | | | Herford | 4 |
| | | | Vlotho | 0,5 |
| | Kreis Höxter | 9 | Steinheim | 0,75 |
| | | | Bad Driburg | 2,25 |
| | | Borgentroich | 2,5 | |
| | | Borgentroich/Willebadessen | 2 | |
| | | Höxter Nordkreis/Warburg | 1 | |
| | | Südkreis | 0,5 | |
| Kreis Lippe | 8,5 | Lemgo | 1,5 | |
| | | Oerlingausen | 3,5 | |
| | | neuer Standort | 0,5 | |
| | | Detmold/Schieder- | 0,5 | |
| | | Schwalenberg | | |
| | | Detmold/Lage/dez, in divers. | 1 | |
| | | Orten | | |
| | | Lemgo/Bad Salzuflen | 1,5 | |
| Kreis Minden | 5 | Minden | 1,5 | |
| Lübbecke | | Lübbecke | 0,5 | |
| | | Porta Westfalica | 0,5 | |
| | | Minden/Kreisgebiet | 0,5 | |
| | | Espelkamp | 0,5 | |
| | | Lübbecke/Rahden/Sternwede | 0,5 | |
| | | Standort N.N. | 1 | |
| Kreis Paderborn | 11 | Bad | 1 | |
| | | Lippspringe/Borchen/Altenbeken | | |
| | | Paderborn | 6,5 | |
| | | Paderborn/Delbrück/Hövelhof | 3 | |
| | | Delbrück | 0,5 | |
| Düsseldorf | 15,25 | Düsseldorf | 15,25 | |
| Duisburg | 10,5 | Duisburg | 10,5 | |
| Essen | 14,75 | Essen | 14,75 | |
| Krefeld | 5 | Krefeld | 5 | |
| Mönchengladbach | 20 | Mönchengladbach | 20 | |
| Mühlheim | 5 | Mühlheim | 5 | |
| Oberhausen | 5 | Oberhausen | 5 | |
| Remscheid | 5 | Remscheid | 5 | |
| Solingen | 5 | Solingen | 5 | |
| Wuppertal | 11 | Wuppertal | 11 | |
| Kreis Kleve | 9,5 | Rees | 3,5 | |
| | | Geldern | 1,5 | |
| | | Kevelaer | 0,5 | |
| | | Kalkar | 0,5 | |
| | | Kleve | 1,5 | |
| | | Weeze | 1,5 | |
| | | Emmerich | 0,5 | |
| Kreis Mettmann | 8,5 | Velbert | 2 | |
| | | Langenfeld | 1 | |
| | | Westkreis-Ratingen | 4,5 | |
| | | Mettmann | 0,75 | |
| | | Monheim | 0,25 | |
| Kreis Viersen | 14 | Viersen | 3 | |
| | | Niederkrüchten | 5,5 | |
| | | Kempen | 1 | |
| | | Nettetal | 1 | |
| | | Willich | 2,5 | |
| | | Brüggen | 1 | |
| Kreis Wesel | 12 | Wesel/Moers | 4,75 | |
| | | Kamp-Lintfort | 1 | |
| | | Rheinberg | 3,5 | |
| | | Hamminkeln | 0,5 | |
| | | Dinslaken | 2,25 | |
| | | Meerbusch/Kaarst | 0,5 | |
| | | Dormagen/Grevenbroich | 1,75 | |

| | | | | |
|-------------------------------|------------------------|--|----------------------|------|
| | Rhein-Kreis Neuss | 12,5 | Dormagen | 0,25 |
| | | | Neuss | 9 |
| | | | Juichen | 0,5 |
| | | | Korschenbroich | 0,5 |
| Köln | Aachen | 10 | Aachen | 10 |
| | Bonn | 19,5 | Bonn | 19,5 |
| | Köln | 20 | Köln | 20 |
| | Leverkusen | 7,5 | Leverkusen | 7,5 |
| | Städteregion Aachen | 6 | Standort N.N. | 2 |
| | | | Eschweiler | 1 |
| | | | Stolberg | 1 |
| | | | Roetgen/Herzogenrath | 1 |
| | | | Alsdorf | 0,5 |
| | | | Würselen | 0,5 |
| | Kreis Düren | 10 | Standort N.N. | 1,5 |
| | | | Düren | 6,5 |
| | | Kreuzau | 1,5 | |
| | | Jülich | 0,5 | |
| Kreis Euskirchen | 13 | Euskirchen | 1 | |
| | | Kall | 2,5 | |
| | | Schleiden | 1,5 | |
| | | Kreisgebiet Euskirchen | 6 | |
| | | Standort N.N. | 2 | |
| Kreis Heinsberg | 8,5 | Jülich, Erkelenz, Heinsberg, Geilenkirchen | 3 | |
| | | Wegberg | 5 | |
| | | Geilenkirchen/Gangelt | 0,5 | |
| Oberbergischer Kreis | 5 | Standort N.N. | 4 | |
| | | Radevormwald | 0,5 | |
| | | Gummersbach | 0,5 | |
| Rheinisch Bergischer Kreis | 5 | Bergisch Gladbach | 1,75 | |
| | | Wermelskirchen | 0,75 | |
| | | Overrath | 1,5 | |
| | | Standort N.N. | 1 | |
| Rhein Erft-Kreis | 8,5 | Kerpen | 3 | |
| | | Standort N.N. | 5,5 | |
| | | Troisdorf | 0,5 | |
| Rhein Sieg-Kreis | 8,5 | Siegburg | 1 | |
| | | St. Augustin | 2,5 | |
| | | Siegburg | 1 | |
| | | Standort N.N. | 3,5 | |
| Münster | Bottrop | 10 | Bottrop | 10 |
| | Gelsenkirchen | 5 | Gelsenkirchen | 5 |
| | Münster | 19 | Münster | 19 |
| | Kreis Borken | 8,5 | Ahaus Vreden | 1 |
| | | | Borken | 1,5 |
| | | | Schöppingen | 2,5 |
| | | | Gronau | 0,5 |
| | | | Borken/Velen | 1,5 |
| | | | Bocholt | 1,5 |
| | Kreis Coesfeld | 5 | Lüdinghausen | 0,5 |
| | | Dülmen | 0,5 | |
| | | Coesfeld/Dülmen/Nordkirchen/Billerbeck/Olfen | 1,5 | |
| | | Havixbeck + Umgebung | 1 | |
| | | Senden/Ascheberg | 0,5 | |
| | | Standort N.N. | 1 | |
| Kreis Recklinghausen | 6 | Herten | 1 | |
| | | Dorsten | 0,5 | |
| | | Recklinghausen | 2 | |
| | | Castrop-Rauxel | 0,5 | |
| | | Marl | 0,5 | |
| | | Gladbeck | 0,5 | |
| | | Standort N.N. | 1 | |
| | | Ochtrup | 1,5 | |
| | | Rheine | 3,6 | |

| | | | | |
|---------------|-----------------|---------------|------------|---------------|
| | Kreis Steinfurt | 12,5 | Emsdetten | 0,9 |
| | | | Lengerich | 0,5 |
| | | | Steinfurt | 0,5 |
| | | | Ibbenbüren | 5,5 |
| | Kreis Warendorf | 6,25 | Warendorf | 2,5 |
| | | | Ahlen | 3,25 |
| | | | Oelde | 0,5 |
| Gesamt | | 541,65 | | 541,65 |

*Informationsstand: Juli 2017

| Bez. Regierung | Kreis/kreisfr. Stadt | Standort | Geförderte Stellen 2017 | | | | | Geförderte Stellen 2017 | | |
|----------------------------|------------------------------|--|-------------------------------|--|------------------------|---|------------------|-------------------------|-----------|-----|
| | | | Regionale Flüchtlingsberatung | Psychosoziale Beratung | Asylverfahrensberatung | Verfahrensberatung minderjähriger Flüchtlinge | Rückkehrberatung | | Sonstiges | |
| 87 Arnsberg | Bochum | Bochum | 4 | 3,5 | 2 | 1 | 1 | 11,5 | | |
| | Dortmund | Dortmund | 5 | 3,5 | 3,5 | 1 | 1 | 14 | | |
| | Hagen | Hagen | 4 | 3,5 | 1,5 | | 1 | 10 | | |
| | Hamm | Hamm | 4 | | 3,5 | | 2 | 9,5 | | |
| | Herne | Herne | 4 | | | | 1 | 5 | | |
| | | | Witten | 1 | | | | 0,5 | 1,5 | |
| | Ennepe- Ruhr-Kreis | | Gevelsberg Mitte/Südkreis | 1 | | | | 0,5 | 1,5 | |
| | | | Gevelsberg Sprockhövel | 0,5 | | | | | 0,5 | |
| | | | Hattingen | 1 | | | | | 1 | |
| | | | Schwelm | 0,5 | | | | | 0,5 | |
| | | | Brilon | 0,5 | | | | | 0,5 | |
| | Hochsauerlandkreis | | Arnsberg | 0,5 | | | | | 0,5 | |
| | | | Sundern | 0,5 | | | | | 0,5 | |
| | | | Medebach | 0,5 | | | | | 0,5 | |
| | | | Meschede | 1,5 | | 2,5 | | 1 | 5 | |
| | | | Eslohe | 0,5 | | | | | 0,5 | |
| | | | Olpe | 1 | | 2 | | 1 | 4 | |
| | | Kreis Olpe | | Olpe/Uroishagen/Wenden/Attendor n/Finnenstron | 1 | | | | | 1 |
| | | | | Lennestadt/Kirchhundem | 1 | | | | | 1 |
| | | | | Lennestadt | 0,5 | | | | | 0,5 |
| | | | | Attendorf | 0,5 | | | | | 0,5 |
| | | | Kreuztal | 1 | | | | | 1 | |
| | Kreis Siegen Wittgenstein | | Siegen | 2 | 3,5 | | | | 0,5 | |
| | | | Bad Laasphe/Erndtebruck | 1 | | | | | 1 | |
| | Kreis Soest | | Burbach | | | 2,5 | | | 2,5 | |
| | | | Bad Berleburg/Hilchenbach | 1 | | 3,5 | 1 | 1 | 6,5 | |
| | | | Warstein | 1 | | | | | 1 | |
| | | | Geseke | 1 | | | | | 1 | |
| | | | Soest | 1 | | 2,5 | | | 3,5 | |
| | | | Srandort N.N. | | | | | 1 | 1 | |
| | | | Wickede | | | 2 | | | 2 | |
| | | | Möhnesee | | | 3,5 | | | 3,5 | |
| | | | Rüthen | | | 2,5 | | | 2,5 | |
| | | | Lippstadt | 1 | | | | | 1 | |
| | Unna | | Unna | 1,5 | | 9,5 | 1 | | 12 | |
| | | | Schwerte | 0,5 | | | | | 0,5 | |
| | | | Lünen | 1 | | | | 1 | 2 | |
| | | | Werne | 0,5 | | | | | 0,5 | |
| | | | Bergkamen | 0,5 | | | | | 0,5 | |
| | | | Plettenberg | 0,5 | | | | | 0,5 | |
| | | Iserlohn (auch Balve,Menden, Altena Hemer Nachrodt- Iserlohn | 0,5 | | | | | 0,5 | | |
| Märkischer Keis | | Lüdenscheid | 1 | 3,5 | | | 1 | 4,5 | | |
| | | Hemer | 1 | | 2,5 | | | 3,5 | | |
| | | Iserlohn und Hemer | 0,5 | | | | | 0,5 | | |
| | | Altena | 0,5 | | | | | 0,5 | | |
| | | Werdohl Altena, Neuenrade/Nachrodt- Wiblingwerde | 0,5 | | | | | 0,5 | | |
| | | Kierspe | 0,5 | | | | | 0,5 | | |
| | | | | | | | | 0,5 | | |
| Gesamt: geförderte Stellen | | | 51 | 17,5 | 43,5 | 4 | 13 | 0,5 | 129,5 | |

| Bez. Regierung | Kreis/kreisfr. Stadt | Standort | Geförderte Stellen 2017 | | | | | Geförderte Stellen 2017 | |
|----------------------------|------------------------------------|------------------------------------|-------------------------------|------------------------|------------------------|---|------------------|-------------------------|-----------|
| | | | Regionale Flüchtlingsberatung | Psychosoziale Beratung | Asylverfahrensberatung | Verfahrensberatung minderjähriger Flüchtlinge | Rückkehrberatung | | Sonstiges |
| Detmold | Bielefeld | Bielefeld | 4 | 3,5 | 9,5 | 1 | 1,4 | 19,4 | |
| | | Versmold/Borgholzhausen | 1 | | | | | 1 | |
| | Kreis Gütersloh | Gütersloh | 0,75 | | | | 1 | 1,75 | |
| | | Harsewinkel | 0,25 | | | | | 0,25 | |
| | | Werther/Halle | 1 | | | | | 1 | |
| | | Rheda-Wiedenbrück | 0,5 | | | | | 0,5 | |
| | | Verl | 0,5 | | | | | 0,5 | |
| | Kreis Herford | Bünde/Herford | 1 | | | | | 1 | |
| | | Löhne/Enger/Herford | 0,5 | | | | | 0,5 | |
| | | Spenge | 0,5 | | | | | 0,5 | |
| | | Hiddenhausen | 0,5 | | | | | 0,5 | |
| | | Kreis Herford ohne Bünde | 0,5 | | | | | 0,5 | |
| | | Herford | 0,5 | | 2,5 | | 1 | 4 | |
| | | Vlotho | 0,5 | | | | | 0,5 | |
| | Kreis Höxter | Steinheim | 0,75 | | | | | 0,75 | |
| | | Bad Driburg | 0,75 | | 1,5 | | | 2,25 | |
| | | Borgentrich | | | 2,5 | | | 2,5 | |
| | | Borgentrich/Willebadessen | 1 | | | | 1 | 2 | |
| | | Höxter Nordkreis/Warburg Südkreis | 1 | | | | | 1 | |
| | Kreis Lippe | Srandort N.N. | 0,5 | | | | | 0,5 | |
| | | Lemgo | 1,5 | | | | | 1,5 | |
| | | Oerlinghausen | | | 2,5 | | 1 | 3,5 | |
| | | neuer Standort | 0,5 | | | | | 0,5 | |
| | | Detmold/Schiedler-Schwalenberg | 0,5 | | | | | 0,5 | |
| | Kreis Minden | Detmold/Lage/dez, in divers. Orten | 1 | | | | | 1 | |
| | | Lemgo/Bad Salzflun | 0,5 | | | | 1 | 1,5 | |
| | | Srandort N.N. | | | | | 1 | 1 | |
| | | Minden | 1,5 | | | | | 1,5 | |
| Lübbecke | | 0,5 | | | | | 0,5 | | |
| Lübbecke | Porta Westfalica | 0,5 | | | | | 0,5 | | |
| | Minden/Kreisgebiet | 0,5 | | | | | 0,5 | | |
| | Espelkamp | 0,5 | | | | | 0,5 | | |
| | Lübbecke/Rahden/Sternwede | 0,5 | | | | | 0,5 | | |
| Kreis Paderborn | Bad Lippspringe/Borchen/Altenbeken | 1 | | | | | 1 | | |
| | Paderborn | 1,5 | 3,5 | | | 1 | 6,5 | | |
| | Paderborn/Delbrück/Hövelhof | 1 | | 2 | | | 3 | | |
| | Delbrück | 0,5 | | | | | 0,5 | | |
| Gesamt: geförderte Stellen | | | 28 | 7 | 20,5 | 1 | 8,4 | 0,5 | 65,4 |

| Bez. Regierung | Kreis/kreisfr. Stadt | Standort | Geförderte Stellen 2017 | | | | | Geförderte Stellen 2017 | |
|----------------------------|-----------------------|--------------------|-------------------------------|------------------------|------------------------|---|------------------|-------------------------|-----------|
| | | | Regionale Flüchtlingsberatung | Psychosoziale Beratung | Asylverfahrensberatung | Verfahrensberatung minderjähriger Flüchtlinge | Rückkehrberatung | | Sonstiges |
| Düsseldorf | Düsseldorf | Düsseldorf | 5 | 5 | 0,25 | 1 | 2 | 2 | 15,25 |
| | Duisburg | Duisburg | 5 | | 3,5 | 1 | 1 | | 10,5 |
| | Essen | Essen | 5 | | 6 | 1 | 2,25 | 0,5 | 14,75 |
| | Krefeld | Krefeld | 4 | | | | 1 | | 5 |
| | Mönchengladbach | Mönchengladbach | 4 | 3,5 | 10,5 | 1 | 1 | | 20 |
| | Mühlheim | Mühlheim | 4 | | | | 1 | | 5 |
| | Oberhausen | Oberhausen | 4 | | | | 1 | | 5 |
| | Remscheid | Remscheid | 4 | | | | 1 | | 5 |
| | Solingen | Solingen | 4 | | | | 1 | | 5 |
| | Wuppertal | Wuppertal | 4 | | 5 | 1 | 1 | | 11 |
| | | Rees | | | 2,5 | | 1 | | 3,5 |
| | | Geldern | | 1,5 | | | 0,5 | | 1,5 |
| | | Kevelaer | | | | | 0,5 | | 0,5 |
| | Kreis Kleve | Kalkar | | 0,5 | | | | | 0,5 |
| | | Kleve | | 1,5 | | | | | 1,5 |
| | | Weeze | | | | 1,5 | | | 1,5 |
| | | Emmerich | | 0,5 | | | | | 0,5 |
| | | Velbert | | 2 | | | | | 2 |
| | | Langenfeld | | 1 | | | | | 1 |
| | Kreis Mettmann | Westkreis-Ratingen | | 1 | | 2,5 | | 1 | 4,5 |
| | | Mettmann | | 0,75 | | | | | 0,75 |
| | | Monheim | | 0,25 | | | | | 0,25 |
| | | Viersen | | 1 | | 2 | | | 3 |
| | | Niederkrüchten | | | | 4,5 | | 1 | 5,5 |
| | Kreis Viersen | Kempen | | 1 | | | | | 1 |
| | | Nettetal | | 1 | | | | | 1 |
| | | Willich | | | | 2,5 | | | 2,5 |
| | | Brüggen | | 1 | | | | | 1 |
| | | Wesel/Moers | | 3 | 1,75 | | | | 4,75 |
| | Kreis Wesel | Kamp-Lintfort | | 1 | | | | | 1 |
| | | Rheinberg | | | | 2,5 | | 1 | 3,5 |
| | | Hamminkeln | | 0,5 | | | | | 0,5 |
| | Dinslaken | | 0,5 | 1,75 | | | | 2,25 | |
| | Meerbusch/Kaarst | | 0,5 | | | | | 0,5 | |
| | Dormagen/Grevenbroich | | 1,75 | | | | | 1,75 | |
| Rhein-Kreis Neuss | Dormagen | | 0,25 | | | | | 0,25 | |
| | Neuss | | 1,5 | | 4,5 | | 3 | 9 | |
| | Juichen | | 0,5 | | | | | 0,5 | |
| | Korschenbroich | | 0,5 | | | | | 0,5 | |
| Gesamt: geförderte Stellen | | | 66 | 12 | 47,75 | 5 | 19,75 | 2,5 | 153 |

| Bez. Regierung | Kreis/kreisfr. Stadt | Standort | Geförderte Stellen 2017 | | | | | | Geförderte Stellen 2017 | |
|----------------------------|----------------------------|--|-------------------------------|------------------------|------------------------|---|------------------|-----------|-------------------------|------|
| | | | Regionale Flüchtlingsberatung | Psychosoziale Beratung | Asylverfahrensberatung | Verfahrensberatung minderjähriger Flüchtlinge | Rückkehrberatung | Sonstiges | | |
| Köln | Aachen | Aachen | 4 | 4 | | 1 | 1 | | 10 | |
| | Bonn | Bonn | 5,5 | 3,5 | 8 | 1 | 1,5 | | 19,5 | |
| | Köln | Köln | 6 | 5 | 5,5 | 1 | 2 | 0,5 | 20 | |
| | Leverkusen | Leverkusen | 4 | | 2,5 | | 1 | | 7,5 | |
| | Städteregion Aachen | Srandort N.N. | | 1 | | | | 1 | | 2 |
| | | Eschweiler | | 1 | | | | | | 1 |
| | | Stolberg | | 1 | | | | | | 1 |
| | | Roetgen/Herzogenrath | | 1 | | | | | | 1 |
| | | Alsdorf | | 0,5 | | | | | | 0,5 |
| | | Würselen | | 0,5 | | | | | | 0,5 |
| | Kreis Düren | Srandort N.N. | | 0,5 | | | | 1 | | 1,5 |
| | | Düren | | 3 | | 3,5 | | | | 6,5 |
| | | Kreuzau | | | | 1,5 | | | | 1,5 |
| | | Jülich | | 0,5 | | | | | | 0,5 |
| | | Euskirchen | | 0,5 | | | | 0,5 | | 1 |
| | Kreis Euskirchen | Kall | | | | 1,5 | | 1 | | 2,5 |
| | | Schleiden | | | | 1,5 | | | | 1,5 |
| | | Kreisgebiet Euskirchen | | 1,5 | | 4 | | 0,5 | | 6 |
| | | Srandort N.N. | | 2 | | | | | | 2 |
| | Kreis Heinsberg | Jülich, Erkelenz, Heinsberg, Geilenkirchen | | 3 | | | | | | 3 |
| | | Wegberg | | 0,5 | | 3,5 | | 1 | | 5 |
| | | Geilenkirchen/Gangelt | | 0,5 | | | | | | 0,5 |
| | Oberbergischer Kreis | Srandort N.N. | | 3 | | | | 1 | | 4 |
| | | Radevormwald | | 0,5 | | | | | | 0,5 |
| | | Gummersbach | | 0,5 | | | | | | 0,5 |
| | Rheinisch Bergischer Kreis | Srandort N.N. | | | | | | 1 | | 1 |
| | | Bergisch Gladbach | | 1,75 | | | | | | 1,75 |
| Wermelskirchen | | | 0,75 | | | | | | 0,75 | |
| Rhein Erft-Kreis | Overrath | | 1,5 | | | | | | 1,5 | |
| | Kerpen | | | | 2,5 | | 0,5 | | 3 | |
| | Srandort N.N. | | 5 | | | | 0,5 | | 5,5 | |
| Rhein Sieg-Kreis | Troisdorf | | 0,5 | | | | | | 0,5 | |
| | Siegburg | | 1 | | | | | | 1 | |
| | St. Augustin | | | | 2,5 | | | | 2,5 | |
| | Siegburg | | 1 | | | | | | 1 | |
| | Srandort N.N. | | 2,5 | | | | 1 | | 3,5 | |
| Gesamt: geförderte Stellen | | | 54,5 | 12,5 | 36,5 | 3 | 14,5 | 0,5 | 121,5 | |

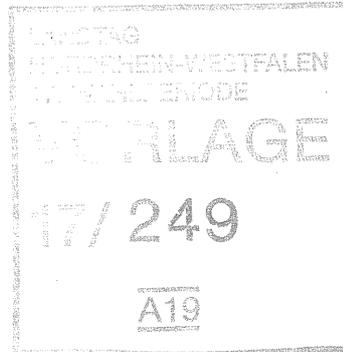
| Bez. Regierung | Kreis/kreisfr. Stadt | Standort | Geförderte Stellen 2017 | | | | | | Geförderte Stellen 2017 | |
|----------------------------|----------------------|--|--|------------------------|------------------------|---|------------------|-----------|-------------------------|-----|
| | | | Regionale Flüchtlingsberatung | Psychosoziale Beratung | Asylverfahrensberatung | Verfahrensberatung minderjähriger Flüchtlinge | Rückkehrberatung | Sonstiges | | |
| Münster | Bottrop | Bottrop | 4 | | 5 | | 1 | | 10 | |
| | Gelsenkirchen | Gelsenkirchen | 4 | | | | 1 | | 5 | |
| | Münster | Münster | 4 | 3,5 | 5 | 1 | 1,5 | 4 | 19 | |
| | Kreis Borken | Ahaus Vreden | Ahaus Vreden | 1 | | | | | | 1 |
| | | Borken | Borken | 0,5 | | | | 1 | | 1,5 |
| | | Schöppingen | Schöppingen | | | 2,5 | | | | 2,5 |
| | | Gronau | Gronau | 0,5 | | | | | | 0,5 |
| | | Borken/Velen | Borken/Velen | 1,5 | | | | | | 1,5 |
| | | Bocholt | Bocholt | 0,5 | | | | 1 | | 1,5 |
| | | Srandort N.N. | Srandort N.N. | | | | | 1 | | 1 |
| | Kreis Coesfeld | Lüdinghausen | Lüdinghausen | 0,5 | | | | | | 0,5 |
| | | Dülmen | Dülmen | 0,5 | | | | | | 0,5 |
| | | Coesfeld/Dülmener/Nordkirchen/Billerbeck/Offen | Coesfeld/Dülmener/Nordkirchen/Billerbeck/Offen | 1,5 | | | | | | 1,5 |
| | | Havixbeck + Umgebung | Havixbeck + Umgebung | 1 | | | | | | 1 |
| | | Senden/Ascheberg | Senden/Ascheberg | 0,5 | | | | | | 0,5 |
| | Kreis Recklinghausen | Srandort N.N. | Srandort N.N. | | | | | 1 | | 1 |
| | | Herten | Herten | 1 | | | | | | 1 |
| | | Dorsten | Dorsten | 0,5 | | | | | | 0,5 |
| | | Recklinghausen | Recklinghausen | 2 | | | | | | 2 |
| | | Castrop-Rauxel | Castrop-Rauxel | 0,5 | | | | | | 0,5 |
| | | Marl | Marl | 0,5 | | | | | | 0,5 |
| | | Gladbeck | Gladbeck | 0,5 | | | | | | 0,5 |
| | Kreis Steinfurt | Ochtrup | Ochtrup | 1,5 | | | | | | 1,5 |
| | | Rheine | Rheine | 0,6 | | 2 | | 1 | | 3,6 |
| | | Emsdetten | Emsdetten | 0,9 | | | | | | 0,9 |
| | | Lengerich | Lengerich | 0,5 | | | | | | 0,5 |
| | | Steinfurt | Steinfurt | 0,5 | | | | | | 0,5 |
| Kreis Warendorf | Ibbenbüren | Ibbenbüren | 1 | | 4,5 | | | | 5,5 | |
| | Warendorf | Warendorf | 2,5 | | | | | | 2,5 | |
| | Ahlen | Ahlen | 1 | | 1,25 | | 1 | | 3,25 | |
| | Oelde | Oelde | 0,5 | | | | | | 0,5 | |
| Gesamt: geförderte Stellen | | | 34 | 3,5 | 20,25 | 1 | 9,5 | 4 | 72,25 | |



Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

17. November 2017
Seite 1 von 1

An den
Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40190 Düsseldorf



Aktenzeichen 523-03.18
bei Antwort bitte angeben

Telefon 0211/ 837-01

**„Drastische Kürzungen im Förderprogramm ‚Soziale Beratung von
Flüchtlingen‘“**

Bericht an den Integrationsausschuss

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

als Anlage übersende ich den Bericht „Drastische Kürzungen im För-
derprogramm ‚Soziale Beratung von Flüchtlingen‘“ zur Sitzung des In-
tegrationsausschusses am 22.11.2017.

Beigefügt übersende ich Ihnen 60 Exemplare des Berichts mit der Bitte,
diese an die Mitglieder des Integrationsausschusses weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Joachim Stamp

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Haroldstraße 4
40213 Düsseldorf
Telefon 0211 837-02
Telefax 0211 837-2200
poststelle@mkffi.nrw.de
www.mkffi.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahn Linien
706, 708, 709
Haltestelle Poststraße

**Schriftlicher Bericht
des Ministers für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration
für die Sitzung des Integrationsausschusses am 22. November 2017
zu dem Tagesordnungspunkt**

**„Drastische Kürzungen im Förderprogramm ‚Soziale
Beratung von Flüchtlingen‘“**

Die Landesregierung setzt das Förderprogramm „Soziale Beratung von Flüchtlingen“ fort. Sie sieht in der Tätigkeit der Träger der Beratungsstellen einen wichtigen Beitrag im Rahmen der sozialen Betreuung von Flüchtlingen.

Die Landesregierung hat mit Blick auf finanzielle Spielräume im Haushaltsentwurf 2018 Bedarfsanmeldungen der Ressorts angepasst. Hiervon sind auch die Mittel für das Förderprogramm „Soziale Beratung von Flüchtlingen“ betroffen.

Bei den Mitteln des o. g. Förderprogramms handelt es sich – auch wie bei anderen Förderprogrammen des Landes – um freiwillige Leistungen des Landeshaushalts. Eine Verbindlichkeit der Höhe der für ein Haushaltsjahr zur Verfügung stehenden Mittel ergibt sich erst mit der parlamentarischen Verabschiedung des jeweiligen Haushalts durch den Landesgesetzgeber. Daher kann erst nach Verabschiedung des Haushalts für das jeweilige Jahr verbindlich über die Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel entschieden werden. Diese sich aus dem Haushaltsrecht und dem Parlamentsvorbehalt ergebenden Rahmenbedingungen sind den Trägern des Förderprogramms bekannt.

Der im Haushaltsentwurf 2018 vorgesehene Ansatz in Höhe von 25 Mio. EUR entspricht in etwa den im Haushalt 2016 veranschlagten Fördermitteln.

Die im Haushalt 2017 erfolgte Verstärkung des Fördertopfes um 5 Mio. EUR insbesondere für die Umsetzung der EU-Aufnahmerichtlinie (psychologische Beratung in den Unterbringungseinrichtungen; Identifizierung Schutzbedürftiger) ist für das Haushaltsjahr 2018 weiterhin vorgesehen. Es ist beabsichtigt, die im Rahmen des in der Vorbereitung befindlichen Konzepts zur Identifizierung Schutzbedürftiger benötigten Haushaltsmittel möglichst aus einer anderen Haushaltsstelle zu finanzieren.

Voraussichtlich werden im laufenden Haushaltsjahr 2017 nicht mehr als 25 Mio. EUR abfließen. Auch in den Haushaltsjahren 2015 und 2016 konnten die zur Verfügung stehenden Mittel bei weitem nicht verausgabt werden. So standen dem Ausgabesoll 2015 in Höhe von 15,7 Mio. EUR tatsächliche Ausgaben in Höhe von 6,1 Mio. EUR gegenüber, dem Ausgabesoll 2016 in Höhe von 27,6 Mio. EUR standen tatsächliche Ausgaben in Höhe von 15,2 Mio. EUR gegenüber.

Die Landesregierung kürzt nicht Mittel, sondern passt den angemeldeten Mittelbedarf lediglich dem tatsächlichen Abruf in der Vergangenheit an. Die wichtige Arbeit der

„Sozialen Beratung“ wird ohne Substanzverlust fortgesetzt werden können. Das sichere ich Ihnen zu.

Wie in den vergangenen Jahren auch geschehen, wird die Verwendung der für das Haushaltsjahr 2018 zur Verfügung stehenden Fördersumme im Einzelnen mit den Trägern der Beratungsstellen – dies sind die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege NRW und die Kooperationspartner der Flüchtlingsberatung NRW – abgestimmt.

Aus diesem Grund kann eine Aussage, ob und ggf. in welchen Beratungssäulen des Förderprogramms Anpassungen gegenüber 2017 erfolgen müssen, noch nicht getroffen werden.

Vertreter der Freien Wohlfahrtspflege NRW, der Kooperationspartner der Flüchtlingsberatung NRW und des Flüchtlingsrates NRW e.V. sind bereits in einem persönlichen Gespräch im Ministerium informiert worden. Es ist vorgesehen, die Bedarfsplanung mit Blick auf den in diesem Jahr erreichten Ausbau des Förderprogramms gemeinsam mit den Trägern in Bezug auf die im Haushaltsentwurf 2018 zur Verfügung stehenden Mittel zu aktualisieren. Hierbei wird insbesondere der aktuell im Förderprogramm erreichte Planungsstand einfließen. Zu diesem Zweck wird derzeit eine mit den Trägern vereinbarte Bestandsaufnahme durchgeführt.